

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **DGB-Bundeskongress: Mit gesetzlichem Mindestlohn gegen Armutslöhne – Seite 4**
- **Ausnahmezustand für ankommende Flüchtlinge: Eine Art von Krieg – Seite 8**
- **Hamburger Senat treibt Ausverkauf städtischer Immobilien voran – Seite 12**
- **BASF-Hauptversammlung: „Es herrscht die schiere Gier!“ – Seite 16**
- **Weltweiter Trend des historischen Revisionismus: Zum Beispiel: Die SL-Kampagne 2006 – Seite 18**

Ausgabe Nr. 11 am 1. Juni 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Regierung befürwortet Präsentation der Ausstellung „11.000 Kinder“

Heute im Bundestag, 29.5. alk. Die Deutsche Bahn AG hat sich bislang geweigert, die Ausstellung, welche die Deportation von Kindern aus Frankreich nach Auschwitz dokumentiert, auf deutschen Bahnhöfen zu zeigen (wir berichteten). Nun hat sich Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) persönlich für eine Präsentation der Fotoausstellung „11.000 Kinder“ eingesetzt. Darauf weist die Regierung in ihrer Antwort (16/1491) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/1363) hin. Die Regierung begrüße grundsätzlich alle Initiativen, die einer angemessenen Erinnerungskultur mit Blick auf den Holocaust dienen. Der Minister habe daher den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, gebeten, die organisatorischen und technischen Möglichkeiten für eine Präsentation der Ausstellung in deutschen Bahnhöfen nochmals prüfen zu lassen. Auch der Vorschlag des Ministers, die Ausstellung im Bundesverkehrsministerium zu zeigen, sei auf positive Resonanz gestoßen.

Rasterfahndung war verfassungswidrig

Handelsblatt, 24.5. rül. Die bundesweite Rasterfahndung nach Verdächtigen im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 war verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem am 23. Mai veröffentlichten Beschluss festgestellt. (Az. 1 BvR 518/02). Eine Rasterfahndung, so das Gericht, sei nur bei einer „konkreten Gefahr für hochrangige Rechtsgüter“ erlaubt, nicht aber bei einer allgemeinen Bedrohungslage, wie sie seit den Anschlägen vom 11. September „praktisch ununterbrochen“ bestanden habe. Ein marokkanischer Student an der Universität Düsseldorf hatte gegen den Abgleich seiner Daten mit verschiedenen Ämtern geklagt und hat nun Recht bekommen. Bundesweit hatten damals die Polizeiapparate alle erreichbaren Dateien nach „männlichen Studenten oder Ex-Studenten, Alter 18 bis 40 Jahre, Herkunft aus einem Land mit überwiegend muslimischer Bevölkerung“ durchsucht, um Verdächtige zu finden. Gegen diese Rasterfahndung hatten Parteien wie die PDS und die FDP, Datenschützer und Bürgerrechtsorganisationen Einspruch erhoben. Während Datenschützer das Urteil aus Karlsruhe begrüßten, kritisierten Innenminister und Polizeivertreter es heftig. Für Bayerns Innenminister Beckstein ist das Urteil ein „schwarzer Tag für die wirkliche Terrorbekämpfung“. Der Vorsitzende des Bundes der Kriminalbeam-

ten, Klaus Jansen, beklagte, nach dem EU-Haftbefehl und dem Luftsicherheitsgesetz habe sich durch das Urteil ein weiterer „Eckpfeiler der Terrorbekämpfung in Luft aufgelöst“. Das mit Unterstützung von CDU und CSU verabschiedete „Anti-Terror-Paket“ der rot-grünen Bundesregierung sei „größtenteils gescheitert“.

FDP zankt mit Unternehmerverbänden

Handelsblatt, 24.5.06 rül. Der FDP-Vorsitzende Westerwelle hat sich öffentlich mit den Unternehmerverbänden BDI und BDA angelegt, weil sie nach seiner Meinung die schwarz-rote Bundesregierung zu sehr schonen. Anlass ist die Verabschiedung der Mehrwertsteuererhöhung zum 1.1.2007 am 19. Mai im Bundestag. Er habe mit „Verwunderung und Verärgerung“ bemerkt, dass BDA-Chef Hundt und BDI-Chef Thumann sich an diesem Tag nicht kritisch zu Wort gemeldet haben, rügt er. „Jeder anderen Bundesregierung hätten Sie bei der größten Steuererhöhung unserer Geschichte, die eindeutig gegen die Interessen der Wirtschaft gerichtet ist, mit lautem Protest geantwortet“, schreibt Westerwelle in den Briefen an die beiden Verbände, die er nach Absendung auch öffentlich machte. Westerwelle kritisiert in den Briefen auch, dass mit Reinhard Göhner der Hauptgeschäftsführer der BDA und mit Norbert Röttgen der designierte Hauptgeschäftsführer des BDI für die Union im Bundestag sitzen. Offenbar mangelt es der FDP derzeit an Mitstreitern bei ihrer angriffslustigen Politik – gegen die schwarz-rote-Regierung ebenso wie gegen die Gewerkschaften.

Arbeitssuchende unter Generalverdacht – Datenschützer protestieren

PE, 26.5. scc. In einer gemeinsamen Erklärung wenden sich der Bundesbeauftragte und die Landesbeauftragten für den Datenschutz einhellig gegen den Gesetzentwurf „zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende“, der am 1.8.06 in Kraft treten soll. Zweck des Gesetzes ist, durch verstärkte Kontrolle aller Arbeitssuchenden die Kosten von Hartz-IV deutlich zu senken. Die Datenschützer kritisieren vor allem: • die Beweislastumkehr zulasten der Arbeitssuchenden bei der Frage eheähnlicher Verhältnisse, die zu einer exzessiven Dateierhebung im Umfeld Arbeitssuchender führe ohne jede Rechtsgrundlage; • die Erweiterung der automatisierten Datenabgleiche, die für diejenigen, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausheble und die Arbeitssuchenden unter

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Generalverdacht stelle; • die im Gesetzentwurf vorgesehene Telefonbefragungen durch private Call Center zur Feststellung von Leistungsmissbrauch – unabhängig von den rechtlichen Bedenken müsse die Freiwilligkeit der Teilnahme ausdrücklich festgestellt werden; • die Verpflichtung der Leistungsträger zur Einrichtung eines Außendienstes für Hausbesuche – hier werde der unzutreffende Eindruck erweckt, die Betroffenen seien mitwirkungspflichtig. Die Datenschutzbeauftragten fordern Bundestag und Bundesrat auf, den Gesetzentwurf grundlegend mit Blick auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht zu überarbeiten.

Selektionsmechanismen des Arbeitsmarktes wirken aufs Schulwesen zurück

Welt, 30.5. scc. Der „Nationale Bildungsbericht“, der am 1./2. Juni veröffentlicht wird, deckt nach Vorabinformation der „Welt“ eine gravierende Diskriminierung junger Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt auf. Ja, es scheint, die Selektionsmechanismen des Arbeitsmarktes auf die Schule zurückwirken. Der Bericht stellt zwei kritische Schwellen auf dem Weg in ein Beschäftigungsverhältnis heraus: den Übergang von der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die Erwerbsarbeit. Zwischen 1994 und 2004 sank in den alten Ländern der Anteil der ausländischen Jugendlichen an der Gesamtheit der Auszubildenden im dualen System von 9,4 auf 5,6%. Jugendliche mit Migrationshintergrund müssten „im Durchschnitt deutlich bessere schulische Vorleistungen erbringen“, um einen Arbeitsplatz zu erhalten. Das ist umso schwerer, als schon in der Grundschule eine „Tendenz zur Benachteiligung“ von Migrantenkindern bei der Notenvergabe festzustellen sei, so der Bericht. Diese hätten „nicht nur mehr Schwierigkeiten, auf höhere Schularten zu gelangen, sondern auch größere Probleme, sich dort zu halten“. Knapp die Hälfte der 15-jährigen Türken besuche eine Hauptschule, während sich bei Kindern deutscher Herkunft und aus anderen Staaten der Schwerpunkt „längst auf den Real- und Gymnasiumsbesuch verschoben“ habe.

Schäuble: Muslime müssen ...

Welt am Sonntag, 28.5. alk. Innenminister Wolfgang Schäuble kündigte über ein Interview in der „Welt am Sonntag“ sein Projekt einer Deutschen Islam-Konferenz an. Danach soll nach zwei bis drei Jahren „institutionalisiertem Dialog“ am Ende ein „Gesellschaftsvertrag“ stehen. Das Projekt soll im September im Bonner Haus der Geschichte starten.

Zwar will Schäuble nicht nur die li-

beralen muslimischen Vereinigungen wie die alewitische Gemeinde und den Zentralrat der Muslime, sondern auch den eher fundamentalistischen Islamrat und auch Milli Görüs einladen („nicht als ständiges Mitglied, aber in eine Arbeitsgruppe“), eine Organisation, die vom Verfassungsschutz als islamistisch beobachtet und verfolgt wird. Auch behauptet Schäuble, er wolle sich nicht in die theologische Entwicklung des Islam in Deutschland einmischen. Tatsächlich wird aber mit seiner Forderung, der Islam müsse „Europas Aufklärung vollziehen“, genau das verlangt. Auch der angestrebte „Gesellschaftsvertrag“ ist nicht als Dokument der gegenseitigen Achtung geplant. Die „Welt am Sonntag“ fragte: „Was steht drin? Schäuble: Am wichtigsten ist, dass er zustande kommt. Er soll ein Dokument des gegenseitigen Verständnisses werden und beschreiben, dass wir alle eine Schicksalsgemeinschaft bilden.“ Einpassung in die „deutsche Gemeinschaft“ und dann noch als Schicksal – damit ist der Dialog des deutschen Staates mit den Muslimen schon vor seinem Start belastet.

Kommunen und Wohlfahrtsverbände: grundlegende Änderung von SGB II

www.awo.de, 15.5. alk. Aufsehen erregte eine gemeinsame „persönliche Erklärung“, von Präsidenten, Geschäftsführern usw. von Städtetag, Landkreistag, Gemeindetag, der Wohlfahrtsverbände AWO, Rotes Kreuz sowie Diakonie. Sie äußerten sich besorgt über die hohen Ausgaben für Hartz IV. In der Presse wurde diese Erklärung zumeist als Einschwenken auf eine Repressionspolitik gegenüber Langzeitarbeitslosen interpretiert, die Erklärung selber gibt das nicht her; sie ist eher „realpolitisch“ besorgt, dass Armut verfestigt wird und Möglichkeiten, Betroffenen aus ihr herauszuhelfen, weiter eingeschränkt werden. Wir zitieren in Auszügen:

„Mit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe – sog. Hartz IV-Reform sollte ein einheitliches, transparentes Leistungsrecht für erwerbsfähige hilfebedürftige Personen geschaffen werden, in dem die Angebote aller beschäftigungs- und sozialpolitischen Akteure zusammenfließen. Gleichzeitig wurde mit dem Wechsel von der Individualbetrachtung zur Einbeziehung der sog. Bedarfsgemeinschaft in die Bedürftigkeitsprüfung der Subsidiaritätsgedanke gestärkt. Die Solidargemeinschaft ergänzt die kleineren Gemeinschaften aus Ehe, Lebenspartnerschaft und Familie, durch die Übernahme von Aufgaben, wo diese überfordert sind.“

Dazu wurden folgende Hauptziele formuliert: Stärkung des Subsidiaritätsgedankens, bzw. der Nachrangigkeit von Sozialleistungen; Ausrichtung am

individuellen Hilfebedarf; früherer Einsatz und Beteiligung aller Hilfeempfänger an aktivierenden Leistungen; Stärkung der personellen und finanziellen Ressourcen zur Förderung; Konzentration der Hilfen auf Personengruppen mit besonderem Hilfebedarf, z.B. Jugendliche, ältere Arbeitslose, Migranten, Alleinerziehende. Das Erreichen dieser Ziele könnte durch den dramatischen Anstieg der Fallzahlen und die Ausgabensteigerungen unterlaufen werden.

Die Gründe für den Aufwuchs der Bedarfsgemeinschaften im SGB II sind vielfältig: Schwierigkeiten beim Aufbau effizienter Verwaltungsstrukturen, bei denen die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen als gleichberechtigte Partner ihre Kompetenzen einbringen, anhaltend schwierige Situation am Arbeitsmarkt, die leistungsrechtlichen Ansprüche, bzw. Schonbeträge bei Einkommen und Vermögen im SGB II und die Eröffnung von Gestaltungsmöglichkeiten, die als Anreiz für die Inanspruchnahme passiver Leistungen wirken.

Die ab 1. Februar 2006 geltende kürzere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I wird den Zugangsdruck zum SGB II weiter erhöhen. Eine grundlegende Revision des SGB II muss darauf ausgerichtet werden, die Inanspruchnahme von Sozialleistungen zurückzuführen und verstärkt Erfolge der Wiedereingliederung zu erzielen.

Besorgniserregend ist die zunehmende Entwicklung, dass Lohnersatzleistungen zusätzlich zu Erwerbseinkommen benötigt werden, um die Existenz der Arbeitnehmer und ihrer Familien zu sichern. Die dauerhaft bestehende Möglichkeit zur Kombination von Erwerbseinkommen und passiven Leistungen nach SGB II mit anrechnungsfreien Hinzuverdienstgrenzen kann genutzt werden, um die am Arbeitsmarkt zu erzielenden Löhne zu drücken oder Arbeitszeiten entsprechend zu gestalten.

Die Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen muss dem Ziel dienen, personelle und finanzielle Ressourcen für die notwendigen aktivierenden Hilfen zu sichern.

Die Unterzeichner stimmen darin überein, dass neben diesen Maßnahmen eine Senkung passiver Leistungen notwendig ist, um ein dauerhaft tragfähiges und finanzierbares Leistungssystem zu erhalten. Es geht nicht darum, Regelsätze zu senken, sondern das Leistungsrecht so zu schärfen, dass Anreize für Arbeit im Mittelpunkt stehen und die Leistungen auf die tatsächlich Bedürftigen konzentriert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen neben der Optimierung der Verwaltungstätigkeit die gegenwärtigen Anspruchsgrundlagen und -voraussetzungen im SGB II einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.“ *Zusammenstellung: alk*

Mit gesetzlichem Mindestlohn gegen Armutslöhne

Letztlich mit großer Mehrheit beschloss der DGB-Bundeskongress, der vom 22. bis 26. Mai in Berlin stattfand, zustimmend über den Initiativantrag 4 zu einem gesetzlichen Mindestlohn. Damit haben sich ver.di und NGG mit ihren klaren Positionierungen für einen gesetzlichen Mindestlohn letztlich durchgesetzt. In der seit Jahren im DGB laufenden Diskussion über ein Konzept gegen Niedriglöhne liefen die Vorstellungen hierzu bis zuletzt weit auseinander. Mit dem jetzt gefassten Beschluss besteht die Aussicht auf ein echtes DGB-Projekt, das auch die Bedeutung des Dachverbandes stärken kann, der sich neben den acht verbliebenen Einzelgewerkschaften kaum noch profilieren kann. Allein zwei Drittel der Delegierten dieses Bundeskongresses kamen von ver.di und IG Metall.

Der Beschluss fällt zusammen mit einer in fast allen Parteien andauernden Debatte über den möglichen Sinn eines Mindestlohngesetzes (siehe PB 8/2006, S. 4-6). Dämpfen sollte der DGB jedoch eine zu euphorische Aufnahme der Reaktionen aus Union und SPD auf dem Bundeskongress. Merkels Äußerung, sie sei offen für Mindestlöhne, allerdings seien 7,50 Euro zu hoch, kaschiert nur schwach die schroffe Kluft zwischen den aktuellen Unionsvorstellungen, die unter dem Titel Kombilöhne in den Segmenten Jugendliche bzw. Langzeitarbeitslose über 50 Lohnkostensubventionierung im Auge haben und damit faktisch die Niedriglohnzone weiter ausbauen würden (siehe PB 10/2006, S. 4), sowie den Vorstellungen des DGB oder der Linkspartei. Und Müntefering proklamierte zwar das gemeinsame Ziel eines Lohnes, von dem man leben kann, lehnte aber jede klare Orientierung auf einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Mit seiner starken Betonung der Tarifautonomie lockte er die Gewerkschaften, die nach wie vor die Gefahr eines durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes verursachten weiteren Funktionsverlustes der Tarifverträge sehen. Irritieren musste auch die Nachdenklichkeit, die Müntefering mit seinem Nichtargument, ein Mindestlohn von 5 Euro würde für einen Alleinverdiener in einer Familie mit zwei Kindern weniger Einkommen als ALG II bedeuten, bei vielen Delegierten auslöste. Denn es sollte wohl jedem Delegierten klar sein, dass dieser Vorgang mit oder ohne gesetzlichem Mindestlohn eintreten kann und regelmäßig einen Anspruch auf zusätzliche Unterstützung nach ALG II auslöst.

Der Beschluss steht, die in ihm erhobenen vier Forderungen bleiben jedoch

vage. Nach wie vor stehen dort die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung und eine Ausweitung des Entsendegesetzes neben der Anwendung der untersten Tarifentgelte in den jeweiligen Branchen und der Forderung eines gesetzlichen Mindestlohnes von zu Beginn 7,50 Euro. Sicher ist eine Kombination mehrerer Rechtsgüter möglich, letztlich ist dieses Nebeneinander aber wohl eher dem Versuch geschuldet, den jeweiligen Geschmäckern der Einzelgewerkschaften entgegenzukommen, um eine breite Mehrheit für den Beschluss zu gewährleisten. Am Ende werden aber wohl die 7,50 Euro in der politischen Landschaft stehen.

Der DGB wird recht schnell klare Ausformulierungen für einen Gesetzesentwurf zur Verfügung stellen müssen, mit denen sich die Parteien dann auseinandersetzen haben. Dazu gehört auch ein Konzept für eine stufenweise Einführung, wie sie etwa in England praktiziert wurde, und die im Beschluss des Bundeskongresses angelegt ist, wenn dort von 7,50 Euro als Einstieg gesprochen wird. Dazu gehören aber auch Fragen wie die nach den Prozeduren zur formalen Ausgestaltung, z. B. für die periodische Neufestsetzung des Mindestlohnes. *rog*

Dokumentiert: Beschluss des 18. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB

Niedriglohnsektor: Lösungen aus gewerkschaftlicher Sicht

Die Delegierten des 18. Ordentlichen Bundeskongresses sehen in der bisher ungebremssten Ausweitung des Niedriglohnsektors eine große Gefahr für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die Einkommens- und Beschäftigungssituation sowie die Lage der öffentlichen Haushalte. Die in der Politik geführte Diskussion um eine weitere Absenkung des ALG II-Niveaus gehen in die falsche Richtung: Sie machen Druck auf die Einkommen von Arbeitslosen und Beschäftigten. Dadurch können die Probleme der Massenarbeitslosigkeit keinesfalls gelöst werden. Im Gegenteil: Bei einer flächendeckenden Ausweitung des Niedriglohnsektors ist mit einem weiteren Verlust an Binnenkaufkraft zu rechnen. Dies wirkt sich wiederum negativ auf die Beschäftigungssituation vor allem für Dienstleistungen und Inlandsproduktionen sowie die Einnahmen des Staatshaushaltes aus.

DIE LINKE. bringt neuen Antrag in Bundestag ein: Für einen sozial gerechten Mindestlohn in Deutschland

In die parlamentarische Arbeit wird die Fraktion das Thema Mindestlohn in zwei Stufen einbringen. In der ersten Stufe wird am 1. Juni der erste Antrag der Fraktion (siehe unten) vom Februar 2006 in zweiter und dritter Lesung behandelt und in namentlicher Abstimmung entschieden. In diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, unverzüglich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen um den gesellschaftlichen Missstand von Armut trotz Arbeit zu beenden. Da wir mit der Ablehnung des Antrags durch die Koalitionsfraktionen und durch FDP und Grüne rechnen müssen, werden wir in einer zweiten Stufe im September den jetzt vorliegenden neuen Antrag einbringen, der einen konkreten Vorschlag für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterbreitet. Der Antrag ist dokumentiert unter: www.8euro.de/vom_vorschlag_zum_gesetz.php

Deshalb muss der Niedriglohnsektor deutlich eingedämmt, seine Verfestigung vermieden und seine negativen Rückwirkungen auf die Beschäftigungs-, Finanz- und Einkommenssituation ausgeschlossen werden.

Um diese Ziele zu erreichen, beschließen die Delegierten des 18. Ordentlichen Bundeskongresses folgende Maßnahmen:

Von der Arbeit muss man leben können!

Um Armutslöhne zu bekämpfen, sind tarifvertragliche Lösungen vorzuziehen und durch gesetzliche Maßnahmen abzusichern.

Der DGB fordert eine gesetzliche Regelung, die ein branchenbezogenes Mindestentgelt auf der Grundlage von Tarifverträgen ermöglicht. Das jeweilige unterste Tarifentgelt ist dafür die Grundlage und unterste Grenze, die einen vom Gesetzgeber fixierten notwendigen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten darf. Sollten Tarifentgelte unterhalb dieses Niveaus liegen oder in der Branche keine Tarifverträge greifen, gilt der gesetzliche Mindestlohn als unterste Grenze. Als Einstieg sind dafür 7,50 Euro pro Stunde vorzuschreiben. Die effektive Kontrolle und Durchsetzung muss gewährleistet sein.

Zur Stärkung der Tarifautonomie und der Einführung gesetzlicher Mindest-

entgelte gehören mindestens:

- Die Erleichterung der Voraussetzungen zur Erteilung der Allgemeinverbindlicherklärung.
- Die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche.
- Eine gesetzliche Regelung, die das unterste Tarifentgelt in der jeweiligen Branche als Mindestentgelt sichert.
- Die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns.

Spezifische Integrationsmaßnahmen statt Kombilohn zur Ausweitung des Niedriglohnssektors

Eine flächendeckende Einführung von Kombilöhnen zur Förderung und Ausweitung eines Niedriglohnssektors als beschäftigungspolitisches Instrument wird abgelehnt. Der DGB und seine Gewerkschaften unterstützen allerdings spezifische Kombinationen von Arbeitseinkommen und Transfereinkommen, um Langzeitarbeitslose und andere Personengruppen mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt einzugliedern. Die Förderung dieser spezifischen Integrationsmaßnahmen muss so ausgestaltet sein, dass sie sozial-, tarif- und beschäftigungspolitischen Zielen gerecht wird. Dies umfasst eine sozialversicherungspflichtige, auf tarifvertraglichem Niveau entlohnte Beschäftigung, die möglichst zu einer Dauerbeschäftigung führt und einen Weg aus dem Niedriglohnbereich eröffnet.

Gleichbehandlung von Mini- und Midijobs

Die Delegierten fordern bis auf eine Bagatellgrenze alle Arbeitsverhältnisse gleichbehandeln und dafür wirksamere Kontrollen ein- und durchführen lassen. In einem allerersten Schritt muss die Erhöhung der Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung bei Mini-Jobs auf den für reguläre Beschäftigung geltenden Satz erfolgen sowie die Überwälzung der Steuerlast auf den Arbeitnehmer unterbunden werden. Neben einer Hauptbeschäftigung ausgeübte Mini-Jobs sollen voll der Steuer- und Abgabepflicht unterliegen. Auch Midi-Jobs sind zukünftig steuer- und sozialversicherungsrechtlich mit „normalen“ Arbeitsverhältnissen gleichzusetzen.

Begründung:

Nach Antragsschluss wurde die politische Diskussion zur Klärung der Vorstellungen der Regierungsparteien zur Neugestaltung des Niedriglohnssektors intensiv aufgenommen. Diese erfolgt derzeit noch in den Regierungsparteien getrennt. Der DGB und die Gewerkschaften sind in den Arbeitsgruppen beteiligt bzw. werden dort angehört. Eine politische Entscheidung ist im Herbst d.J. zu erwarten.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten weitet sich insbesondere seit 1997 in Deutschland aus. Von den Beschäftigten in diesem Sektor haben ca. 70 % eine Berufsausbildung oder mindestens eine entsprechende Qualifikation. Lediglich 30 % der Niedriglöhner üben tatsächlich einfache Tätigkeiten aus. Der Anteil der Frauen im Niedriglohnssektor beträgt ca. 75 %. Die Niedriglöhner sind zu fast zwei Dritteln älter als 30 Jahre. Dieser Bereich ist nicht durch die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern entstanden, denn sie sind nur mit einem Anteil von 9 % vertreten. Niedriglohnjobs sind instabil und nur von kurzer Dauer und damit einer langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt abträglich. Die in diesem Bereich Beschäftigten verbleiben auch

dort (Verfestigung). Ein Aufstieg in besser bezahlte Jobs ist kaum möglich (Niedriglohnfalle). Nur ein Drittel schafft es, in der Zeit von 1996 bis 2001 in eine bessere Position aufzusteigen. Das sind viel weniger als im untersuchten Vergleichszeitraum davor.

Niedriglohn und die Kombination mit Sozialleistungen bzw. mit steuerlicher Subventionierung sind bereits Realität. Dies gilt für die Mini-Jobs ebenso wie für Hartz IV-Empfänger mit Erwerbseinkommen. So erzielten z.B. etwa 700.000 Haushalte von Hartz IV-Empfängern ein Erwerbseinkommen, das zur Deckung des gesellschaftlichen Existenzminimums nicht ausreicht. Mit den Hartz-Gesetzen wurden auch andere Kombi-Instrumente, wie das Einstiegsgeld oder der Kinderzuschlag für Familien oder die Entgeltssicherung für ALG I-Empfänger (ältere Arbeitslose ab 50) bei Aufnahme einer geringer bezahlten neuen Stelle geschaffen. Zudem gibt es eine Fülle verschiedener Formen von Lohnkostenzuschüssen für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Arbeitslose sehr wohl bereit sind, niedrig bezahlte Beschäftigung anzunehmen; bereits die Einstellung gering Qualifizierter scheitert daran, dass sie von besser Qualifizierten verdrängt werden. Zudem sind Kombilöhne nicht finanzierbar, wie Berechnungen ergaben. Diese generelle Bewertung von Kombilöhnen basiert auf der Grundlage der bisher erfolgten, evaluierten Modellversuche, die nicht erfolgreich waren.

Die in Aussicht gestellten Beschäftigungswirkungen von Kombilöhnen sind nicht nachgewiesen. Es müssen zudem die zu erwartenden negativen Folgewirkungen für die Tarifpolitik und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten berücksichtigt werden: Arbeitgeber würden sich zunehmend auf die staatlichen Zuschüsse verlassen und ihr Lohnniveau entsprechend absenken. Tariflich entlohnte Arbeitsplätze würden mehr und mehr wegfallen. Drehtüreffekte wären die Folge.

In Deutschland werden die Arbeitsbedingungen von den Tarifparteien im Rahmen der Tarifautonomie gestaltet und dies hat sich bewährt. Gleichwohl gibt es auch in Deutschland in den letzten Jahren



eine steigende Zahl von so genannten prekären Beschäftigungsverhältnissen, die sich durch ein inakzeptables Einkommens- und Schutzniveau auszeichnen. Dies ist Anlass, nach Maßnahmen zu suchen in den Bereichen, wo die Tarifautonomie nicht greift und gesellschaftlich unerwünscht niedrige Einkommenssituationen vorliegen. Damit kann u.U. auch erreicht werden, dass staatliche Zuschüsse in geringerem Maße ergänzend erforderlich werden.

Diese Maßnahmen sollen zudem so ausgestaltet werden, dass sie die Tarifautonomie nicht relativieren, sondern stützen. Die spezifische deutsche Lage lässt eine einfache Übertragung der Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen, wie sie in den Nachbarländern existieren, nicht zu. Vielmehr müssen wir Lösungen finden, die der herausragenden Rolle entsprechen, die die Tarifautonomie in Deutschland besitzt. Dies verlangt eine Politik, die die Arbeit der Tarifparteien schützt, Beschäftigung fördert und eine größere Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes ermöglicht.

Lohndumping, Tariferosion und die Hartz-Gesetze haben den Druck auf das Lohngefüge in den letzten Jahren deutlich erhöht. Das Ergebnis ist eine Spirale nach unten: Die Einkommenssituation führt zur Zurückhaltung beim Konsum, Arbeitsplätze können deshalb schlechter gesichert oder gar aufgebaut werden; die Staatseinnahmen gehen zurück. Öffentliche Leistungen werden deshalb zurückgefahren.

Zur Vermeidung von verzerrendem Wettbewerb in einer Branche, von Druck auf Tarifstandards und von Mitnahmeeffekten auf Kosten des Staates sowie zur Sicherung eines Erwerbseinkommens, das oberhalb von Armutslöhnen liegt, ist die Geltung eines Mindestentlohnungsniveaus sowohl für den Niedriglohnbereich insgesamt als auch für spezifische Integrationsmaßnahmen von besonderer Bedeutung. Bei spezifischen Integrationsmaßnahmen ist dies erforderlich, um den Finanzierungsaufwand zu begrenzen und Mitnahmeeffekte auszuschalten. Die jeweilige tarifliche Entgeltstruktur einer Branche ist deshalb jeweils zugrunde zu legen bzw. allgemeinverbindliche Tarifverträge sowie Tarifverträge auf der Basis des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes.

Die Evaluierung der Hartz-Gesetze hat ergeben, dass die bisherigen Reform-Instrumente zur Integration von Arbeitslosen nur wenig beitragen und zusätzliche Beschäftigungseffekte zum Teil einhergehen mit der Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Dies gilt vor allem für die Ich-AG und die Mini-Jobs. Die weitere Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung muss daher verhindert werden.

Angriff auf kurdischen Politiker in Berlin

Als der Abgeordnete der Linkspartei. PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, Giyasettin Sayan, am späten Abend des 19. Mai, im Berliner Stadtteil Lichtenberg in der Margaretenstraße unweit des S-Bahnhofs Lichtenberg sein Auto am Straßenrand parkte und abschloss, wurde er von zwei unbekannten Personen als „Scheiß-Türke“ beschimpft und mit einem schweren Gegenstand so heftig auf den Kopf geschlagen, dass er verletzt zu Boden sank. Die Angreifer entfernten sich, Giyas, der mit zwei Parteimitgliedern über seine geplante Kandidatur in dem Wahlkreis hatte sprechen wollen, schleppte sich zu einem nahe gelegenen italienischen Restaurant, dessen Betreiber sofort Polizei und Krankenwagen alarmierte. Der 56 Jahre alte Politiker kurdischer Abstammung lag mehrere Tage mit schwerer Gehirnerschütterung und Prellungen im Krankenhaus, hat aber anscheinend keine bleibenden Schäden erlitten.



Sayan, der seit mehr als zehn Jahre den Wahlkreis Lichtenberg im Berliner Abgeordnetenhaus vertritt, schilderte der Polizei die beiden Angreifer als relativ jung, ca. 20 bis 25 Jahre alt. Er hatte den Eindruck, dass ihn die Täter kannten. Lichtenberg gilt als rechte Hochburg, der Kiez um die Weitlingstraße hat einen entsprechenden Ruf. 1998 hatte Giyas Sayan gemeinsam mit einem Antifa-Bündnis in Lichtenberg daran mitgewirkt, dass das Cafe „Germania“, ein Treffpunkt von Nazis im Kiez, geschlossen wurde. Gut möglich ist also, dass die beiden Schläger eine für sie selbst überraschende Gelegenheit kurzerhand nutzten, um „Rache“ zu nehmen.

Wachsende Gewaltbereitschaft von Neonazis

- Die Konzentration von gewalttätigen

Neonazis in bestimmten Gebieten ist in Berlin bekannt. Reiseführer und Aktionsbündnisse gegen Rechts warnen schon lange Besucher und Personen mit fremdländischem Aussehen, in Gebieten um die S-Bahnhöfe Lichtenberg, Schöneweide und Ostkreuz und entlang bestimmter Straßenbahnstrecken in Friedrichshain sich nachts nicht allein aufzuhalten.

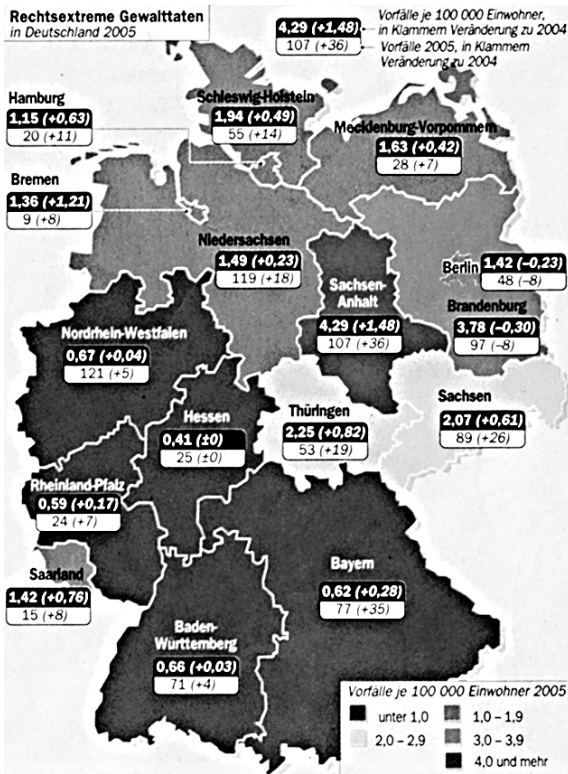
Wie frech die Nazi-Szene geworden ist, zeigte sich auch nach dem Überfall auf Sayan. In einem Internet-Forum der Berliner FDP wurde der Politiker zwei Tage lang von anonymen Teilnehmern verhöhnt, bis die FDP die entsprechenden Einträge löschte. Bei Fernsehaufnahmen in der Weitlingstraße wenige Tage nach dem Überfall bedrohten mehrere Neonazis das Fernsteam und die zu einem Interview gekommene Linkspartei-Bürgermeisterin vor laufender Kamera. In Berlin-Hellersdorf wurde in der gleichen Nacht ein Jugendclub in Brand gesteckt und die Umgebung mit Hakenkreuzen beschmiert.

Auf dem SPD-Landesparteitag am 20./21. Mai kritisierten der regierende Bürgermeister Wowereit und SPD-Innensenator Körting den Angriff auf Sayan scharf. Körting beauftragte eine Sonderkommission von mehreren LKA-Beamten mit der Fahndung nach den Tätern und setzte eine Belohnung für sachdienliche Hinweise aus.

In Polizeikreisen wächst nun die Befürchtung, dass die Nazi-Szene die Fußball-Weltmeisterschaft nutzt, um gemeinsam mit Hooligans weitere Gewalttaten zu begehen. Die NPD-Zentrale in Berlin verbreitet schon jede Menge Hetzmateriale.

Auf der anderen Seite stehen Polizei und Justiz unter Kritik durch Antifa-Bündnisse. Immer wieder werden Fälle bekannt, bei denen selbst nach schweren Gewalttaten die Täter zwar polizeilich erfasst, aber dann wieder bis zum Prozess freigelassen werden, selbst wenn sie schon wiederholt mit Gewalt auffällig wurden. 2005 registrierte die Polizei in Berlin 18 schwere und gefährliche Körperverletzungen mit fremdenfeindlichem Hintergrund. 30 weitere Gewalttaten richteten sich gegen vermeintliche oder tatsächliche Linke, Juden, Homosexuelle und andere Opfer. Der Berliner Verein „Reach-out“ hat sogar 110 Fälle rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in 2005 erfasst.

Dabei ist Berlin noch nicht einmal eine Hochburg solcher Gewalt. Gegenüber 2004 war die Zahl der polizeilich erfassten rechten Gewalttaten in der Stadt sogar rückläufig, im bundesweiten Vergleich – gemessen je 100.000 Einwohner – lag 2005 die Zahl rechter Gewalttaten in den ostdeutschen Flächenländern, aber auch in Ländern wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen höher als in Berlin.



„No-go-Areas“ – seit Jahren bekannt

Der Überfall auf Sayan, kurz vor der Weltmeisterschaft und wenige Tage nach den Warnungen des früheren Regierungssprechers Uwe-Karsten Heye, dunkelhäutige WM-Gäste sollten nicht in bestimmte Gebiete Brandenburgs reisen, hat aber auch eine erneute bundesweite Debatte über den Umgang mit rechter Gewalt ausgelöst.

Wenige Tage nach dem Überfall musste Bundesinnenminister Schäuble bei der Vorstellung seines Verfassungsschutzberichtes einen bedenklichen Anstieg rechter Gewalt einräumen. Die Zahl der polizeilicher erfassten rechten Gewalttaten – zumeist schwere, gefährliche Körperverletzungen – sei von 752 im Jahr 2004 um 23 Prozent auf 958 in 2005 gestiegen, so Schäuble. Die abgebildete Grafik zeigt, dass bis auf Berlin und Brandenburg in allen Bundesländern rechte Gewalt zugenommen hat. In Brandenburg, aber auch in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen, bewegt sie sich seit Jahren auf einem beängstigend hohen Niveau. Dass es in diesen Ländern, aber auch in Westdeutschland Gebiete gibt, in denen fremdländisch aussehende Personen sich nachts besser nicht allein aufhalten sollten, ist seit Jahren bekannt.

Um so empörender sind vor diesem Hintergrund die Reaktionen aus CDU und CSU zu den Warnungen von Ex-Regierungssprecher Heye. CDU-Innenminister wie Schönbohm (Brandenburg) und Innenpolitiker wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach rückten Heyes berechtigte Warnungen vor „No-go-Areas“ in Brandenburg erneut in die Nähe von Nestbeschmutzung. Als sich dann auch noch Brandenburgs Regierungschef Platzeck

(SPD) an die Seite von Schönbohm stellten, gab es scharfe Repliken aus der SPD, so dass Platzeck zurückruderte und Heye wieder eher Recht gab. Auch der Zentralrat der Juden und die Türkische Gemeinde unterstützten Heye und kritisierten die Bagatellisierung rechter Gewalt. In der „Berliner Zeitung“ fragte ein Kommentar, wie lange noch das vermeintliche „Image“ eines Bundeslandes wichtiger sei als die Verletzung von Menschen.

Was tun gegen Neonazis?

Das Thema Bekämpfung des Neonazismus ist eine der ungelösten Hinterlassenschaften der rot-grünen Bundesregierung, dem sich auch die neue schwarz-rote Koalition am liebsten gar nicht stellen würde. Bei dem – von Geheimdiensten

und Innenministern zumindest leichtfertig, wenn nicht absichtlich gegen die Wand gefahrenen – Verbotverfahren gegen die NPD waren alle jetzt erneut aufkommende Fragen bereits einmal erörtert worden. Die meisten heute genannten „No-go-Areas“ wurden schon damals dokumentiert, von Innenministern wie Schily, Beckstein und Co. schon damals dementiert und bagatellisiert. Gleichzeitig betonten alle Geheimdien-

ste, wie wichtig ihre vielen Spitzel in der Naziszene seien – vor allem zur Vermeidung rechter Gewalt.

Danach schlief das Thema wieder ein, die Mittel für antifaschistische Aufklärung, für bürgerschaftliches Engagement, Opferhilfe usw. wurden gekürzt oder sogar ganz gestrichen, Flüchtlinge weiter abgeschoben. Eine bundesweite Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, von SPD, Linkspartei.PDS und Grünen schon vor Jahren gefordert, besteht bis heute nicht, ganz zu schweigen von einem straffbewehrten Verbot neofaschistischer Propaganda wie z.B. der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“. Bis heute dürfen Nazis diese und ähnliche Parolen öffentlich brüllen, NPD und DVU weiter ungehindert kandidieren. Die „Republikaner“ und Blätter wie die „Junge Freiheit“ konnten sogar ihre bloße Erwähnung in Verfassungsschutzberichten verhindern, während Industrielle wie Ex-BDI-Chef Henkel, CDU-, CSU- und sogar SPD-Politiker in dem Blatt weiter publizieren, ohne dass ihre Parteien und Verbände darauf mit Sanktionen reagieren.

Mittel zum Kampf gegen Neonazismus gibt es also viele, bekannt sind sie auch. Nur: vor allem die Unionsparteien, aber auch die SPD haben ihre Umsetzung bis heute verhindert, zum Teil offen hintertrieben. Ist es da verwunderlich, dass Neonazis wieder vermehrt zuschlagen?

rül

Quellen: Berliner Zeitung, 22. und 23.5.06, Tagespiegel, 23.05.06)



Mehrere zehntausend haben am 26. Mai in der belgischen Hafenstadt Antwerpen mit einem eindrucksvollen Schweigemarsch gegen Rassismus demonstriert. Sie gedachten an mehrere Opfer rassistischer Gewalt: Ein 18-jähriger Skinhead hatte Mitte Mai mitten in Antwerpen eine junge Frau aus Mali, Oulemata Nian-gadou, und das von ihr betreute zweijährige Mädchen Luna Drowart getötet und Songül Koc, eine Frau türkischer Herkunft, durch Schüsse schwer verletzt. Gegenüber der Polizei prahlte er, dass er gezielt „Ausländer“ habe töten wollen. Vor wenigen Tagen wurde der 23-jährige Mohamed Bouazza tot aufgefunden, auch hier weist alles auf einen Mord aus rassistischen Gründen. (Bild: Indymedia Belgien)

Eine Art von Krieg

„EU-Truppe will die Flüchtlinge aus Afrika abschrecken“ (Wiesbadener Kurier, 25.5.) – „EU schickt Flugzeuge und Schiffe gegen Migranten aus Afrika“ (NZZ 24.5.) – „Spaniens Armee hilft bei der Absicherung der Inseln“ (NZZ 17.5.). Wenn noch ein Zweifel bestünde, die Schlagzeilen der Presse der letzten Tage räumen sie aus: Die EU-Institutionen und -Regierungen führen nicht nur einen Kampf gegen die Flüchtlinge aus Afrika, sie führen diesen Kampf als eine Art von Krieg.

Tatsache ist, dass noch nie so viele Flüchtlinge aus Afrika in so kurzer Zeit auf den Kanarischen Inseln landeten. Fast 8000 haben die Inseln seit Anfang des Jahres lebend erreicht. Vor allem seit das Wetter besser ist, erreichen Flüchtlinge, die sich inzwischen überwiegend von Senegal aus auf den Weg machen und die ihr Leben bei der 1.200 km langen Überfahrt in kaum seetüchtigen Booten riskierten, in großer Zahl die Kanaren und damit die EU. Die Aufrüstung der Grenzen in Mauretanien und Marokko seit den Flüchtlingsdramen im letzten Herbst (siehe PB 20/05) hat den Fluchtweg über diese Länder zum spanischen Festland weitest gehend versperrt. Sie hindert indes die vor Krieg, Gewalt, Naturkatastrophen, Hunger und Elend flüchtenden Menschen nicht an der Flucht, sondern zwingt sie auf immer gefährlichere Wege. Alle Schätzungen gehen davon aus, dass die Zahl der beim Versuch der Flucht nach Europa Umgekommenen seit Beginn des Jahres sprunghaft gestiegen ist und in die Tausende geht.

Natürlich stellt die große Zahl von halb verhungerten, entkräfteten Flüchtlingen, die fast täglich angespült werden, die Behörden vor enorme Herausforderungen. Die Flüchtlinge müssen untergebracht und versorgt, sie müssten medizinisch betreut werden, ihre Asylanträge stellen. Aber die örtlichen, staatlichen und EU-Behörden reagieren mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, nicht rechtlich, aber de facto. Die Flüchtlinge werden aufgegriffen, sofort von jeder Öffentlichkeit abgeschottet, Gespräche mit ihnen werden weder Journalisten noch Hilfsorganisationen erlaubt, sie werden nach einer Erstuntersuchung beim Roten Kreuz dem Richter vorgeführt, wo sie einen Aufkleber auf die Brust erhalten; anschließend werden sie mit Bussen in total überfüllte Internierungslager ver-

bracht, die wie der Bunker von Hoya Fria oder das Militärcamp Las Raicos unter militärischer Kontrolle stehen, die für Menschenrechtsgruppen und den UNHCR unzugänglich sind. Hier leben sie eingesperrt, ihrer Grundrechte beraubt, ohne Rechtswegegarantien, bis sie deportiert werden.

Derweil läuft die „Abschreckung“ an. Die EU bereitet eine „Schnelle Eingreiftruppe gegen Flüchtlinge“ vor (Tagblatt, 28.5.), die in den nächsten Tagen einsatzbereit sein soll. Das bedeutet konkret die Entsendung von Polizisten und Soldaten, die die Flüchtlinge „weit vor der spanischen Inselgruppe“ aufhalten sollen. Eine durch Flugzeuge und Satellitenaufklärung verstärkte europäische Patrouillenflotte wird zusammengestellt – wie sie die Flüchtlinge „aufhalten“ soll, ob sie sie aufbringen oder womöglich mit Gewalt zur Umkehr zwingen soll, wie dies die spanische Marine schon tut, ist noch nicht bekannt.

Acht EU-Mitgliedstaaten haben ihre Beteiligung zugesagt, derzeit nicht die BRD, wie verlautet, da sie mit dem Großeinsatz bei der Fußball-WM völlig ausgelastet sei.

Erstmals tritt als koordinierende Institution die EU-Grenzschutz-Agentur Frontex in Aktion. Vor fast genau einem Jahr gegründet, wird sie zur Zeit zügig ausgebaut. Frontex wurde gegründet mit dem Ziel eines „integrierten Grenzschutz[es]“, durch den ein hohes, einheitliches Niveau für Personenkontrollen und die Überwachung an den Außengrenzen gewährleistet werden kann“, wie es in der Aufgabenbestimmung heißt. Dies sei Voraussetzung für einen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“. Es wird dabei immer deutlicher, dass die „Außengrenzen“ der EU sehr weit vorgeschoben werden und der Raum, an dem „Freiheit, Sicherheit und Recht“ für Flüchtlinge außer Kraft gesetzt sind, sich immer weiter ausdehnt. Im kommenden Jahr will Frontex die Luftüberwachung bis nach Kap Verde, Gambia und Guinea in Westafrika ausdehnen, Spanien kün-

digte an, zukünftig auch die Küste des Senegal kontrollieren zu wollen. Außerdem reist im Juni eine EU-Experten-Gruppe nach Libyen, in das Wüstengebiet an der Südgrenze. „Das ist die entscheidende Region, wenn man wirklich einen enormen Zustrom von Migranten verhindern will“, erklärte EU-Kommissar Frattini. Die genauen Absichten bleiben im Dunkeln, aber man muss Schlimmstes befürchten. Libyen hat weder die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, noch kann das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR vor Ort sein Mandat voll wahrnehmen. Die Zustände in den Lagern für „illegale Einwanderer“ sind infolge katastrophal. Aber nicht nur nach den italienischen Massenabschiebungen nach Libyen im Oktober 2004 tauchten beunruhigende Berichte über Kettenabschiebungen auf: Abgeschobene Flüchtlinge berichteten von militärisch genutzten Wüstenlagern nordafrikanischer Länder, in denen sie zeitweise interniert waren.

Überhaupt, die exterritorialen Lager der EU werden Zug um Zug ausgebaut, es entsteht ein regelrechtes Lagersystem an den EU-Außengrenzen und z.T. weit davor, ähnlich wie der seinerzeitige Bundesinnenminister Schily dies vorgeschlagen hatte. Das Flüchtlingsdrama in Ceuta und Mellila nahm Spanien zum Anlass, große Auffanglager in Mauretanien zu errichten, in die Flüchtlinge auch von den Kanaren abgeschoben werden. Jetzt plant Spanien die Errichtung von zwei weiteren „temporären Aufnahmezentren“ in Mauretanien und Senegal. In Kürze will die österreichische EU-Präsidentschaft eine verbindliche „Liste sicherer Staaten“ präsentieren. Damit werden, wie NGOs befürchten, die Länder bezeichnet, in die Flüchtlinge unabhängig von ihrer Herkunft deportiert werden können und in denen dann womöglich „Auffanglager“ errichtet werden. Genannt werden hier außer einigen afrikanischen Ländern, deren abschließende Festlegung der EU-Kommission einige Kopfschmerzen bereitet, auch Moldawien, Weißrussland und die Ukraine. scc



Sie haben die gefährliche Flucht lebend überstanden – im Internierungslager, das sie erwartet, bleibt ihnen nichts als das nackte Leben.



Nach mehr als vier Jahren „Kampf gegen den Terror“ ist Afghanistan von friedlichen und sicheren Verhältnissen weit entfernt – die Gewalt eskaliert vielmehr von Monat zu Monat. In einer einzigen Woche kamen Mitte Mai rund 350 Menschen zu Tode. Nach unterschiedlichen Angaben verloren zwischen 77 und ca. 100 Menschen bei einem mit Kampfflugzeugen und Apache-Helikoptern geführten Angriff der US-Truppen auf ein Dorf nahe Kandahar ihr Leben, mindestens ein Drittel von ihnen waren Zivilisten. 3000 Menschen flüchteten aus ihren Häusern aus Furcht vor weiteren Angriffen. Bei einem US-Luftangriff auf eine Moschee kamen afghanischen Angaben zufolge jüngst 50 Menschen ums Leben. Im Süden des Landes nehmen die militärischen Auseinandersetzungen mit den erstarkenden Taliban weiter zu, auch von hier werden Dutzende Tote gemeldet. In zwei Monaten wollen die US-Truppen das militärische Kommando in Südafghanistan an die Nato übergeben.

Georgien: „Nicht ob, sondern wann“

In zwei Jahren soll der Abzug russischer Truppen aus Georgien vollständig abgeschlossen sein. Die georgische Regierung hat beschlossen, die unter russischem Kommando stehende Friedenstruppe in Südossetien durch eine „international geführte Truppe“ zu ersetzen. Vor allem aber betreibt sie inzwischen mit voller Kraft den Beitritt zur Nato. Nicht ob, sondern wann der Beitritt vollzogen werde, sei die Frage. Beim Nato-Gipfel im Herbst will die Regierung mit Unterstützung der USA einen konkreten Beitrittsplan vorlegen. Nicht nur die USA, auch EU-Länder, darunter vor allem Deutschland, unterstützen Georgien bei der „Modernisierung der Streitkräfte“ und ihrer Anpassung an die Nato. Mehrere hundert georgische Soldaten sind im Irak stationiert, und im Kosovo „unterstützen“, wie es bei der Deutschen Welle heißt, „georgische Soldaten Deutschland“. Außerdem werden georgische Offiziere in Deutschland und anderen europäischen Nato-Ländern ausgebildet. Die BRD hat Soldaten in Georgien stationiert. (Quelle: DW, 24.5.)

Dominostategie – jetzt Armenien?

Der Besuch eines Sondervertreters der NATO in Armenien Mitte Mai warf ein Schlaglicht auf eine für Russland höchst kritische Entwicklung. In der ehemaligen Sowjetrepublik, die sich in

den letzten Jahren stets an Russland orientierte, scheint sich eine Auseinandersetzung über eine mögliche Umorientierung auf „den Westen“ zu entwickeln. Die Regierung hat einen Maßnahmenkatalog für eine individuelle Partnerschaft mit der Nato ausgearbeitet. Der Nato-Sondervertreter gab sich „beeindruckt“ und erklärte, das Interesse Europas „am gesamten Südkaukasus“ sei in den letzten Jahren gewachsen. Der Militärexperte Demurjan sagte gegenüber der Deutschen Welle, die Nato scheue keine Kosten und Mühe, Armenien auf ihre Seite zu ziehen. Der Vorsitzende des Parlaments erklärte dann auch, Armeniens Zukunft läge in der EU und der Nato und Russland solle sich dem nicht in den Weg stellen. Jedoch wurde er gezwungen, die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten. Überwiegend noch sehen die staatlichen Kräfte ihr Sicherheitsinteresse vor allem durch Russland gewahrt, das die Truppen, die aus Georgien abgezogen werden, nach Armenien verlegen wird. (Quelle: DW, 23.5.)

Bulgarien und USA errichten gemeinsame Militärstützpunkte

Das bulgarische Parlament hat mit 155 zu 22 Stimmen – die Gegenstimmen kamen aus der nationalistischen Partei Ataka und vereinzelt von Sozialisten – das Abkommen mit den USA über die Einrichtung von vier gemeinsamen Stützpunkten auf bulgarischem Gebiet

gebilligt. Der Vertrag gestattet den USA ausdrücklich Einsätze in Drittstaaten. Bei den Stützpunkten geht es um zwei Militärflughäfen, ein Ausbildungsgelände und eine Lagereinrichtung. Die USA beteiligen sich an der Modernisierung der Infrastruktur, sind aber von Mietzahlungen befreit. (Quelle: Basler Zeitung 26.5.)

USA wollen Raketenabwehrsystem in Europa stationieren

Einem Bericht der New York Times zufolge erwägt die US-Regierung, bis 2011 zehn Raketenabwehrsysteme in Europa zu installieren. Als Standort sind vor allem Polen – hier gibt es neben starken Befürwortern auch grundlegende Kritik an den Plänen – und die Tschechische Republik. Das bisher noch völlig unausgereifte gigantische Rüstungsprojekt war noch unter Reagan in Angriff genommen worden. Für das Haushaltsjahr 2007 hat die Bush-Regierung 11,2 Mrd. \$ mehr als bisher gefordert. Pläne, es in Europa zu installieren, wurden bereits 2004 bekannt. Die US-Regierung begründet das Vorhaben damit, dass die Abfangraketen Europa und die USA vor einem Angriff iranischer Atombomben schützen. Das kann so interpretiert werden, dass die USA zumindest mittelfristig einen Großangriff auf Iran planen. Mit Sicherheit aber zielt das Raketenabwehrprojekt und seine Stationierung in Europa auf Russland und treibt schon jetzt das Wettrüsten voran. Der russische Verteidigungsminister hat schon deutlich gemacht, dass die Stationierung von Abfangraketen in Polen „einen negativen Einfluss auf das gesamte europäisch-atlantische Sicherheitssystem“ haben werde: „Die Wahl des Ortes zur Stationierung dieser Systeme ist seltsam, um es vorsichtig zu sagen.“ (Quelle: Florian Rötzer, Danaer-Geschenk?, Telepolis)



Japan wurde bereits von einer Kooperation für das seegestützte Aegis-System überzeugt. Hier soll demnächst die erste X-Band-Radarstation in Tsugaru eingerichtet werden. Im März wurde bereits ein erster Test mit einer gemeinsam entwickelten Abfangrakete durchgeführt. Zusammenstellung: scc

Neuss. ROBIN WOOD-AktivistInnen blockierten im Mai Zufahrten zum Tempowerk von Procter&Gamble (P&G) in Neuss. Eine Delegation der Tupinikim- und Guarani-Indianer sowie ROBIN WOOD überreichte P&G eine Erklärung, in der sie den Konzern auffordern, die Zusammenarbeit mit dem Lieferanten Aracruz auf Eis zu legen, solange der Konzern diesen und alle weiteren Landkonflikte mit Indianern, Landlosen und Quilombolas (Afrobrasilianern) nicht im Einvernehmen mit den Betroffenen gelöst hat. Der Landrechtsstreit mit den Tupinikim und Guarani ist nicht der einzige im Skandalunternehmen Aracruz. Ende April besetzten 200 landlose Familien rund 8.700 Hektar Land von Aracruz in der Nähe der Zellstoff-Fabrik von Aracruz in Espirito Santo. Sie beschuldigen den Konzern, sich öffentliches Land – so genannte „devolutas“ – illegal unter den Nagel gerissen zu haben. Auch die Quilombolas fordern Zehntausende Hektar Land von Aracruz zurück.

www.umwelt.org/robin-wood



Ein Eigentor gegen die Grundrechte

BERLIN. In wenigen Wochen beginnt die Fußball-Weltmeisterschaft. Längst schon begonnen haben die Vorkehrungen, daraus das größte sicherheitspolitische Ereignis des Jahres zu machen. Erprobt werden umfassende Kontrollen und Überwachungsmaßnahmen. Ausgegrenzt werden unerwünschte Bevölkerungsgruppen und unangepasstes Verhalten. Eingeschüchtert werden unbescholtene Bürger und Bürgerinnen. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie informiert in einem Flugblatt über die „maßlosen“ Sicherheitsvorkehrungen und warnt vor den Mustern, die erprobt und für die Zukunft etabliert werden. Es ruft dazu auf, Beeinträchtigungen zu schildern, damit Protest organisiert werden kann. Das Grundrechtskomitee wird das Geschehen in den Städten exemplarisch beobachten und darüber berichten.

www.grundrechtskomitee.de

10. Juni – Demo in Kaiserslautern „Deutsche Träume platzen lassen“

KAISERSLAUTERN. Anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 ruft ein Bündnis von AntifaschistInnen aus Rheinland-Pfalz und Hessen für den 10.06 unter dem Motto „Deutsche Träume platzen lassen“ zu einer Demonstration gegen Repression und Nationalismus in die WM-Stadt Kaiserslautern auf. In dem Aufruf heißt es: „Der Staat nutzt die WM und die damit geschaffenen Ängste vor Gefahren aus In- und Ausland als Gelegenheit, seinen Sicherheitsapparat in einem Maß auszubauen, das neben den üblichen ‚Staatsfeinden‘ auch Fußballfans und letztlich alle zum Ziel ausgiebiger Überwachung und Repression macht. Gleichzeitig wird die Gunst der Stunde genutzt, die Verankerung des nationalen Bewusstseins wei-

ter zu vertiefen, um die Konstruktion eines kollektiven deutschen Subjekts zu erweitern. Diese beiden Aspekte sind dabei nicht isoliert nebeneinander zu betrachten, vielmehr stellen sie zwei Seiten einer Entwicklung dar, die in der bestehenden Krise und damit der Veränderung des Kapitalismus erklärbar werden.“ <http://antifald.an.funpic.de>

Aktionsjahr „WTO – Weltweit Taube Ohren“ in Köln eröffnet

KÖLN. Mit acht Großpuppen und etlichen Gegenspielern eröffnete das Aktionsbündnis Gerechtigkeit jetzt! die Welthandelskampagne am 13. Mai 2006 in der Kölner Innenstadt unter den neugierigen Blicken der Passanten das Aktionsjahr „WTO – Weltweit Taube Ohren“. Mit diesem politischen Straßentheater will es die Öffentlichkeit auf die Missstände im Welthandel aufmerksam machen. Gerechtigkeit jetzt! tritt ein für einen gerechten Welthandel, der allen Menschen, vor allem den Armen nützt und die Umwelt schützt. Bis zum G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm an der Ostsee sind Infoveranstaltungen,



kreative Mitmach-Aktionen und ein Brief an die Bundeskanzlerin geplant. Die Aktion soll die Öffentlichkeit über die Bedingungen für einen gerechten Welthandel informieren und Druck auf die Politiker erzeugen. Ein zentrales Ziel ist, die Frage nach mehr Gerechtigkeit im Welthandel öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen zu diskutieren. www.gerechtigkeit-jetzt.de

adidas: Rekordgewinne – und Hungerlöhne in den Nähstuben

FÜRTH. Auf der adidas-Aktionärsversammlung am 11.5.2006 konfrontierte die Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung (CCC) mit Autorisierung des Dachverbandes der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre den Vorstand der Adidas AG direkt mit den skandalösen Arbeitsbedingungen in seinen weltweiten Zulieferbetrieben und forderte vom WM-Hauptsponsor „Fair Play auf allen Feldern!“ Beispiele belegen: Trotz unzähliger Kontrollen und Konferenzen hat sich die generelle Situation der NäherInnen nicht verbessert. Eine aktuelle Studie bekräftigt: Das derzeitige System der Überprüfungen und Sozial-Audits ist mangelhaft und nicht in der Lage, die eigentlichen Probleme zu lösen. Berndt Hinzmann (CCC) stellt fest: „Die Veränderungen greifen in der Praxis unter anderem deshalb nicht, weil die ArbeiterInnen selbst nicht geschützt beteiligt sind oder nur teils ungenügende Verbesserungsmaßnahmen folgen. Mangelnde Qualifikation der Inspektoren und Korruption sind ebenso Teil des Problems.“ Bei einem weiterhin steigenden Umsatz, sich erhöhenden Managergehältern und der Bereitschaft prozentual massiv in Werbung und Marketing zu investieren, bleibt die Frage: „Warum wird der Bereich der Sozialen Verantwortung nicht ebenso ernst genommen? Wieso kommt es zu erwun-

genen Überstunden? Warum wird geduldet, dass die Beschäftigten in ihrer Vereinigungsfreiheit behindert werden und Repressionen erleiden?“

Die CCC fordert von adidas: „Zahlen Sie einen fairen Preis und setzen Sie sich für gute unabhängige Kontrollen sowie Verbesserungsmaßnahmen ein. Fördern Sie, dass die Näherinnen unabhängig ihre Rechte durchsetzen können. Verändern Sie die Praxis der Beschaffung.“ Ein einfaches Auslisten der Zulieferer kann nicht die Lösung des globalen Problems sein. www.saubere-kleidung.de

Für HIV/AIDS-Bekämpfung fehlen Aktionspläne und Geld

BERLIN. Die Bundesregierung ist aufgefordert, im Haushalt 2007 mindestens 800 Millionen Euro für die HIV/AIDS-Eindämmung einzustellen. Die Strategiepapiere der Bundesregierung zur HIV/AIDS-Arbeit sind sehr gut und werden anerkannt. Zu ihrer Umsetzung fehlen allerdings konkrete Aktionspläne und ausreichende Finanzmittel. Zu diesen zentralen Aussagen kommt das AKTIONSBÜNDNIS GEGEN AIDS in seinem Bericht „Globale Krise und Deutschlands Beitrag zu globalen Antwort“, der sich auf den Beitrag der Bundesregierung zur internationalen HIV/AIDS-Bekämpfung bezieht. Der Bericht dient zur Vorbereitung der UN-Konferenz zu HIV/AIDS vom 31. Mai – 2. Juni in New York. „Es ist enttäuschend, dass die Bundesregierung HIV/AIDS im Rahmen ihrer G8-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 nicht thematisieren möchte“, erklärte Olaf Hirschmann, Sprecher des Aktionsbündnisses. „Hier geht es nicht um neue Versprechen, sondern um das konsequente Einlösen von Hilfe, die den über 40 Millionen Menschen, die weltweit mit HIV/AIDS leben, in Aussicht gestellt wurde.“ www.aids-kampagne.de

Am 30. Juli „Lieber wild musiziert als genmanipuliert“

HERFORD. Unter dem Motto „Lieber wild musiziert als genmanipuliert!“ wird die Gruppe Lebenslaute ihre jährliche Konzert-Aktion am 30.7.06 im Rahmen der Kampagne „Gendreck weg“ durchführen. Diese wurde von ImkerInnen und LandwirtInnen ins Leben gerufen. Die sicherlich ungewöhnlichen Umstände des Konzertes werden dabei zum „Programm gehören“. In Konzertkleidung, mit Chor und Orchester samt Instrumenten wird Lebenslaute ihre überwiegend klassische Musik dort zum Erklingen bringen, wo dies nicht erwartet und von der Genlobby auch nicht gewünscht wird – auf einem bepflanzten Genmais-Acker. Lebenslaute spricht sich gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft aus und fordert stattdessen, ökologisch bewus-

ste Lebensmittelproduktion zu fördern und regionale Versorgungsstrukturen zu stärken. Ein Lebenslaute-Aktivist: „Auch wenn wir mit unserem Konzert nur einen der vielen Genmais-Acker widerständig und wild bespielen können, finden wir, dass die Verbreitung der Agro-Gentechnik überall und auf verschiedenen Ebenen verhindert werden sollte.“ www.lebenslaute.de

Petition gegen Gentechnik im bayerischen Landtag gescheitert

MÜNCHEN. Die CSU-Mehrheit im Landwirtschaftsausschuss des bayerischen Landtags lehnte am 17. Mai 2006 gegen die Stimmen von SPD und Grünen eine Petition für gentechnikfreie Landwirtschaft in Bayern ab. 15.000 Unterschriften hatten Mitglieder der ödp übergeben. Die Unterzeichner forderten den Landtag auf, gentechnikfreie Landwirtschaft im neuen Landesentwicklungsprogramm zu verankern. „In der Debatte zeigte sich, dass alle Abgeordneten das Ziel der Petition befürworten, allerdings wollten die CSU-Parlamentarier einen eventuell drohenden Konflikt

mit der Staatsregierung und der EU-Kommission nicht aufnehmen“, kritisiert der bayerische ödp-Landesvorsitzende Bernhard Suttner. In den letzten Wochen wurden privaten Gen-Anbauflächen nach massiven Protesten weitgehend zurückgezogen. Suttner: „Die bayerische Landwirtschaft wäre jetzt fast gentechnikfrei, wenn die Staatsregierung keine landwirtschaftlichen Güter des Freistaates für den Genanbau zur Verfügung stellen würde“.

www.mediendenk.com

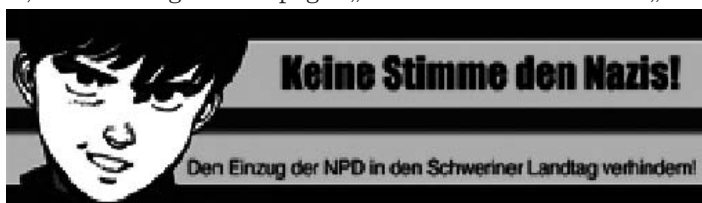
„No Bush – No war!“ – Proteste zum Bush-Besuch in Stralsund

STRALSUND. Kanzlerin Merkel hat US-Präsident Bush während seiner Reise zum G8-Gipfel in Petersburg für den 14. Juli zu einem Zwischenstopp in ihren Wahlkreis nach Stralsund eingeladen. In der Friedensbewegung formiert sich dazu Protest. Im Mittelpunkt von Aktionen wird neben dem durch den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak verursachten Desaster der Irankonflikt und die Gefahr eines weiteren Krieges hin zu einem Flächenbrand im gesamten Nahen und Mittleren Osten stehen. Mahnungen für eine konstruktivere Rolle und eine eindeutige Absage an militärische Optionen gehen dabei an die Adresse von Bundesregierung und EU. Trotz aller organisatorischen Schwierigkeiten wurde bei Beratungen in Berlin (am 20. Mai) verabredet, für den 14. Juli zu einer Großdemonstration in

Stralsund aufzurufen. Die nächste Beratung dazu findet am 11. Juni statt. Viele Aktivitäten zum Bush-Besuch werden darüber hinaus sicher auch dezentral in vielen Orten der Bundesrepublik im Vorfeld des Besuches stattfinden, insbesondere auch am Vorabend, Donnerstag, dem 13. Juli (u.a. z.B. am EUCOM, Stuttgart). www.friedenskooperative.de

Kampagne in Mecklenburg-Vorpommern: „Keine Stimme den Nazis!“

ROSTOCK. Ein breites Bündnis aus nicht-rechten Gruppen hat vier Monate vor der Landtagswahl die Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ gestartet. Mit einer vielfältigen und umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit soll es gelingen, den Einzug der rechtsradikalen NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im September zu verhindern. „Die NPD ist eine rassistische, nationalistische und antisemitische Partei“, so Maria Hinrich, Pressesprecherin der Kampagne „Keine Stimme den Nazis“. „Jede



Stimme für die Partei ist eine Stimme für eine menschenverachtende Politik, für Gewalt und für Unfreiheit. Wir werden in den nächsten vier Monaten laut und deutlich machen, dass der ‚nationale Sozialismus‘ der NPD keine Alternative ist. Unser Ziel ist es, zu verhindern, dass die Neonazis in den Landtag einziehen!“

Initiatoren und Unterstützer der Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ sind über 40 nicht-rechte Clubs, Bands, Gruppen und Projekte aus Mecklenburg-Vorpommern. Im Rahmen der Kampagne werden sie den nächsten Monaten unterschiedlichste Aktivitäten starten und wollen auch andere motivieren, gegen Rechts aktiv zu werden. Auf der Homepage der Kampagne unter <http://www.keine-stimme-den-nazis.info> gibt es dazu Tipps und unterschiedlichstes Infomaterial.

„Wir rufen dazu auf, den Aktionen der rechten Szene aktiv und offensiv entgegenzutreten“, zitiert Clemens Zeise, Pressesprecher der Kampagne, aus dem Aufruf der Kampagne. „Wir rufen dazu auf, die Zusammenarbeit von Neonazis und Demokraten aufzudecken und zu stören! Wir rufen dazu auf, statt Wahlkampfgetöse gegen die NPD ernsthafte Konzepte gegen Rechts zu entwickeln! Und wir rufen dazu auf, sich für soziale Gerechtigkeit unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Geschlecht einzusetzen!“

www.keine-stimme-den-nazis.info
Zusammenstellung: baf

Hamburger Senat treibt Ausverkauf städtischer Immobilien voran

Am 12. Mai verschickte ein Beraterkonsortium aus den Firmen Ernst & Young, der HSH N Real Estate AG und Sal. Oppenheim¹ einen vertraulichen Brief an erklärte Interessenten: Das mit Vermarktung und Verkaufsvorbereitung beauftragte Konsortium bietet 58 städtische Immobilien feil. Die Interessenten können durch Anerkennung einer Vertraulichkeitsvereinbarung und diverse Nachweise, Mitteilung über die Erwerbsstrategie usw. die Zulassung zum Verkaufsverfahren erreichen, Einsendeschluss ihrer Bewerbung ist der 29. Mai. Das Immobilienportfolio – so der Fachausdruck – kann nur als Ganzes erworben werden, wobei die Bildung von Bietergemeinschaften und Erwerberkonsortien möglich ist.

Teurer Verkauf

Der beabsichtigte Verkauf ist nicht der erste. Im Rahmen des „Projekts Primo“ wurden bereits zwei Verkaufsverfahren von städtischen Immobilien Ende Januar / Anfang Februar 2006 abgeschlossen und durch die Bürgerschaft am 26. April abgesegnet. Insgesamt gingen dabei 39 Gebäude an den französischen Immobilienfonds „Captiva Capital Partners II S.C.A.“ über, dem „langfristiges Anlageinteresse“ in Hamburg nachgesagt wird und der bereits mehrere große Immobilien gekauft hat, u.a. Logistik-Immobilien von Karstadt Quelle oder Büroimmobilien der Barmer Ersatzkasse. Die Stadt erzielte für den Verkauf dieser 39 Immobilien, darunter innerstädtische „Sahnestücke“ wie die Wirtschaftsbehörde, die Justizbehörde, die Alte Post, das Finanzamt an der Steinstraße und die von Fritz Schumacher² entworfene Finanzbehörde – Gebäude, die in der städtebaulichen Entwicklung Hamburg z.T. eine größere Rolle spielten – einen Gesamtpreis von 815,5 Mio. Euro, rund das 20fache der Gesamtjahresmiete. Das sieht nur auf den ersten Blick nach viel Geld aus. Mit dem Erlös der Immobilien, die bekanntlich nur einmal verkauft werden können, sollen Schulden städtischer Gesellschaften und der Stadt getilgt werden. Da die Stadt 80% der schon entäußerten Liegenschaften zurückmieten will und dabei langfristige Mietverträge über 30 Jahre oder auch 40 anstrebt, kann man das Verlustgeschäft erahnen, das die Stadt selbst bei gleichbleibenden oder nur geringfügig steigenden Mieten macht.

Fast alles spricht jedoch dafür, dass



Verkauft: Finanzbehörde am Gänsmarkt. Dem repräsentativen Backsteingebäude wird eine wichtige städtebauliche Funktion zugeschrieben. Der Verkauf symbolisiert auch den Strukturwandel der Innenstadt.

die Mieten steigen werden, und zwar erheblich. Der Leerstand an Büros ist in Hamburg mit 8% vergleichsweise gering, der Neubau an Bürogebäuden schrumpft seit Jahren, die Nachfrage hingegen steigt. Die Büromieten beginnen in den Metropolen in der BRD bereits anzuziehen, schon sprechen Experten von einer „Dynamik des Anstiegs“, und die Anleger erwarten, dass die Büromärkte in Hamburg, Frankfurt oder München mit etwas Verspätung die Entwicklung von Madrid, Paris und London nachholen, wo die Mieten im letzten Jahr gewaltig in die Höhe schossen. Das oben genannte Konsortium schreibt in einem „Marktbericht Hamburg“ u.a.: „Auf dem Büroimmobilienmarkt konnte nicht zuletzt aufgrund der diversifizierten Wirtschaftsstruktur eine verstärkte Nachfrage registriert werden ... An sehr guten innerstädtischen Standorten werden Spitzenmieten von bis zu 22 Euro/qm erzielt. Die Spitzenmieten haben sich damit gegenüber dem Vorjahr spürbar positiv entwickelt.“ (Einzelhandelsflächen in guten City-Lager können sogar zwischen 100 und 185 Euro/qm erzielen.)

Hinzu kommt als weiterer Faktor steigender Büromieten, dass die privaten Anleger die Nettoanfangsrendite von 5,5 bis 6% mindestens, die sie Experten zufolge erwarten können, werden realisieren wollen. Die Rückmietung dürfte also teurer und teurer werden. Die verkauften bzw. zum Verkauf stehenden Gebäude wurden übrigens überwiegend Ende der 90er Jahre modernisiert. Dies geschah im Zusammenhang einer Umstrukturierung: Die städtischen Liegenschaften wurden 1999 in zentralen städtischen Gesellschaften zu-

sammengefasst, als „Voraussetzungen für die Privatisierung des städtischen Immobilienbesitzes“, wie die „Immobilienzeitung“ am 8.9.05 schrieb. Die Früchte dieser erheblichen öffentlichen Vorleistungen ernten nun private Anleger.

Verschleuderte Entwicklungspotenziale

Auch von den jetzt zum Verkauf angebotenen 58 Immobilien will die Stadt rund die Hälfte zurückmieten. Die meisten der fraglichen Objekte liegen ebenfalls zentral, wenngleich nicht unbedingt in der Innenstadt wie die zunächst verkauften. Verkauft werden sollen z.B. diverse Bezirks- bzw. Ortsämter, Justizgebäude, Behörden, Verwaltungen und Gewerbehöfe³. Es geht immerhin um eine Gesamtmietfläche von fast 231.000



Verkauft: Alte Post in der Poststraße.

qm, hauptsächlich Büros, aber auch Einzelhandel, Werkstätten, Hallen, Lagerräume, einige Wohnungen, mit Mieten zwischen 1,44 und 44,15 Euro/qm – Gesamtnettomiete pro Jahr: 17,054 Mio. Euro. Geplant ist auch noch eine vierte Verkaufsrunde im Rahmen des „Projekts Primo“; unter den dann zum Verkauf angebotenen Gebäuden befinden sich das Abaton-Kino, das Helmsmuseum und die Krameramtsstuben. Am Ende sollen 187 öffentliche Immobilien privatisiert sein und lediglich 50 in städtischem Besitz bleiben.

In diesem Zusammenhang ist ein zweiter schwer wiegender Kritikpunkt zu nennen. Während das Beraterkonsortium dem potenziellen Käufer einerseits mit einem „stabilen Cash flow“ durch die Rückvermietung der Hälfte der Liegenschaften an die Stadt winkt, verspricht es ihm andererseits für die übrigen Objekte „nennenswerte Entwicklungs- und damit Wertsteigerungspotenziale“. Nicht nur etlichen der verkauften bzw. zum Verkauf angebotenen Flächen in der unmittelbaren Innenstadt, sondern auch andere v.a. in den Zentren der Bezirke – so das Bezirksamt Wandsbek – werden wichtige städtebauliche Funktionen zugemessen. Die Stadt begibt sich in erheblichem Ausmaß ihrer Möglichkeit, mittels ihrer Liegenschaften Einfluss auf die Stadtplanung zu nehmen. Private Investoren verfolgen andere als öffentliche, nämlich private, d.h. Profitinteressen.

Dass Einrichtungen wie Museen, die Volkshochschule, Theater, das Abaton-Kino oder – nicht zuletzt – die Gewerbehöfe die Veräußerung ihrer Gebäude an Private überstehen, ist nicht ausgemacht. Die Gewerbehöfe z.B., von denen nun einige zum Verkauf stehen, sind Zentren der Stadtteilökonomie. Die vielen kleinen dort angesiedelten Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen, die hauptsächlich untereinander kooperieren und Kunden- und Lieferbeziehungen überwiegend mit dem Umfeld pflegen, könnten drastische Mieterhöhungen schwerlich überleben.

Bisher ist nennenswerte Kritik an der letztlich kostspieligen Veräußerung der öffentlichen Immobilien oder gar Widerstand dagegen nicht bekannt. Höchste Zeit, dass sich das ändert. *sc*

1 Ernst & Young ist eine der großen Prüfungs- und Beratungsgesellschaften in Deutschland und weltweit die zweitgrößte. Die HSH N Real Estate AG wurde 2004 als Unternehmen der HSH Nordbank (Zusammenschluss von Hamburgischer Landesbank und Landesbank Schleswig-Holstein) gegründet, zu ihren Hauptaufgaben zählt die Vermarktung stadteigener Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie die Vergabe von Eigenheimbauplätzen. Sal. Oppenheim ist eine große Privatbank mit Schwerpunkt Vermögensverwaltung und Investment Banking.

2 Fritz Schumacher, 1869 bis 1947, Architekt und Stadtplaner

3 Eine Liste kann auf Anfrage zugefaxt werden. Tel., Fax und eMail: GNN Verlag Hamburg.

Bezahlbarer Wohnraum für kleinere Einkommen

Sozialer Wohnungsbau wichtiger Bestandteil der Gesellschaft

MÜNCHEN – Sozialer Wohnungsbau versorgt Menschen mit kleinerem Einkommen mit bezahlbarem Wohnraum. Er trägt wesentlich zum sozialen Frieden in Deutschland bei. „Besonders in der derzeitigen Situation mit bundesweit etwa fünf Mio. Arbeitslosen wächst die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus“, so Heinz-Werner Götz, Verbands-Chef des VdW Bayern (Verband bayerischer Wohnungsunternehmen). Hinzu kämen die Herausforderungen durch die demographische Entwicklung und Zuzug nach Bayern.

Im Widerspruch dazu stehen die sinkende Zahl der Sozialwohnungen und die kontinuierlich zurückgehende Förderung von Bund und Freistaat. Dabei sind laut einer aktuellen Umfrage des Verbands 91,4 Prozent der Deutschen überzeugt, dass Sozialwohnungen auch in Zukunft benötigt werden.

Allein im VdW Bayern hat sich der Bestand an Sozialwohnungen seit 1992 um fast die Hälfte von 282.000 auf etwa 150.000 Wohneinheiten reduziert. Grund für diese Entwicklung sind auslaufende Sozialbindungen. 2005 sank die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung im VdW Bayern zum zwölften Mal in Folge. 7.794 Abgängen aus der Sozialbindung standen nur 1.172 Zugänge gegenüber. Auf Basis der Durchschnittswerte der vergangenen Jahre schätzt der Verband, dass in den nächsten sechs Jahren rund 70.000 weitere Wohnungen aus der Sozialbindung fallen werden.

Ursache ist der seit Jahren in Bund und Freistaat zurückgehende Neubau von Sozialwohnungen. Nur drei bis vier Prozent des gesamten Wohnungsbaus entfallen noch auf sozialen Wohnungsbau. Nach dem Krieg waren es rund 50

Prozent. Dass Sozialwohnungen auch in Zukunft benötigt werden, sind 91,4 Prozent der Deutschen überzeugt – so das Ergebnis des Mietwohn-Index, einer von der GfK Nürnberg im Auftrag des VdW Bayern durchgeführten repräsentativen Umfrage.

Fördermittel zu gering

Bund und Freistaat kürzen seit Jahren Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau. 1993 erhielt Bayern vom Bund 257 Mio. Euro Wohnungsbauförderung. 2005 stellte er dem Freistaat gerade noch gut 30 Mio. Euro zur Verfügung. Die Staatsregierung hatte ihre eigenen Mittel im Doppelhaushalt 2002/03 von 286 auf 145 Mio. Euro zusammengestrichen. 2005 erhöhte sie sie um zehn auf 155 Mio. Euro.

Zudem verschlechtern sich seit Jahren die Förderbedingungen. So werde der Kreis der Personen mit Anspruch auf staatliche Förderung immer weiter eingeschränkt. Das 2002 in Kraft getretene Wohnraumförderungs-Gesetz begrenzt die Förderberechtigten auf Menschen, die sich selbst am Wohnungsmarkt nicht versorgen können. Da Neubau-Förderung immer mit Belegungsrechten für den Fördergeber verbunden sei, konzentrierten sich häufig schwierige Mieter in neuen Häusern und Stadtvierteln.

Grundbedürfnis Wohnen Rechnung tragen

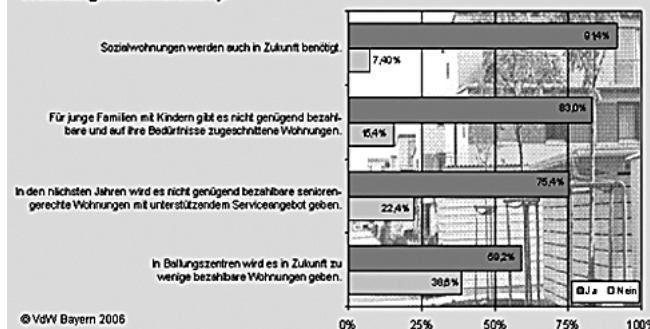
„Schon jetzt drohen in Wachstumsregionen wie München, Regensburg oder Ingolstadt Engpässe bei bezahlbarem Wohnraum“, warnt Götz. Vor allem aus der Landeshauptstadt werden junge Familien mit kleinen bis mittleren Einkommen verdrängt. „Auch Verkäuferinnen, Feuerwehrmänner und Taxifahrer

müssen sich Wohnraum in der Stadt leisten können. Das macht einen Standort erst wirtschaftlich attraktiv“, so Götz. Seit Jahren warnt der Verband vor der brisanten Entwicklung. Ein Dach über dem Kopf sei existenzielles Bedürfnis aller Menschen, auch derer, die sich die übliche Marktmiete nicht leisten könnten. „Dahinter verbirgt sich eine Menge sozialer Sprengstoff“, so Götz mit Blick auf die Vorfälle in Frankreich.

www.vdwbayern.de

Mietwohn-Index: Deutsche fürchten um bezahlbaren Wohnraum

Repräsentative Umfrage des VdW Bayern (Verband bayerischer Wohnungsunternehmen).



Im VdW Bayern sind knapp 500 bayerische Wohnungsunternehmen zusammengeschlossen – darunter 339 Wohnungsgenossenschaften und 83 kommunale Wohnungsunternehmen. Die Mitgliedsunternehmen bewirtschaften rund 560.000 Wohnungen, in denen ein Fünftel aller bayerischen Mieter wohnen.

Ausstieg deutscher Baufirma und Bundesregierung aus Staudammprojekt!

Bürgermeister und Vertreter lokaler Bürgerinitiativen haben am 18. Mai 2006 in Berlin bei einer von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED durchgeführten Pressekonferenz vor den gravierenden Folgen des geplanten Ilisu-Megastausees in der Südosttürkei gewarnt. Für die Mehrzahl der Betroffenen würde die Realisierung des Projekts große Armut und Entwurzelung bedeuten. Nur eine Minderheit der Bevölkerung befürwortet daher den Damm. Mit der Vergabe einer Hermesbürgschaft würde die Bundesregierung mitschuldig an Umweltzerstörung, der Vernichtung von Kulturgütern und der Verelendung großer Bevölkerungsteile.

Die Projektbetreiber stellen der Ilisu-Region – einer der ärmsten der Türkei – wirtschaftlichen Aufschwung und die Schaffung tausender Arbeitsplätze durch das 1,2 Mrd Euro teure Vorhaben in Aussicht. „Für einige Menschen in der Region stellen die versprochenen Arbeitsplätze eine große Hoffnung dar“, beschreibt Yurdusev Özsoğmenler, Bürgermeisterin der Millionenstadt Diyarbakir. „Die Erfahrung mit bereits gebauten Dämmen zeigt jedoch, dass die umgesiedelte Bevölkerung nur selten von den neuen Möglichkeiten profitiert.“ Von den für das Dammprojekt Umzusiedelnden will der Großteil auf eigene Faust in die umliegenden Städte, darunter Diyarbakir, ziehen, da er kein Vertrauen in die staatlichen Umsiedlungsprogramme hat. In den 90er Jahren wuchs die Stadt bereits unverhältnismäßig stark, da viele Bürgerkriegsflüchtlinge in ihr Zuflucht suchten. „Eine erneute Welle von Dammvertriebenen wäre nicht zu verkraften“, so Özsoğmenler.

In den Fluten des Stausees würden auch die antike Stadt Hasankeyf sowie weitere noch völlig unerforschte Kulturgüter untergehen. Ein von den Projektbetreibern erstellter Rettungsplan wird von Experten als weder realisierbar noch dem Wert der Kulturstätte angemessen erachtet. „Minarette ohne Moscheen, eine Brücke ohne Fluss in einem archäologischen Park – das kann Hasankeyf nicht ersetzen. 10.000 Jahre Geschichte

dürfen nicht für 50 Jahre Energiegewinnung geopfert werden“, fordert Necattin Pirinccioglu von der Bürgerinitiative zur Rettung Hasankeyfs. In dieser Initiative haben sich über 30 Gemeinden, Verbände und lokale Bürgergruppen zusammengeschlossen, um ihren Widerstand gegen das Staudammprojekt zu koordinieren und Alternativen aufzuzeigen. Das ist ein Novum in der Geschichte der Osttürkei und zeigt den Mut von Verwaltung und Bürgern, in einem immer noch stark angespannten politischen Klima öffentliche Kritik zu äußern.

Die Delegation aus der Türkei

Yurdusev Özsoğmenler, Bürgermeisterin des Stadtteils Baglar der Provinzhauptstadt Diyarbakir, der 300.000 Einwohner/innen hat, von denen viele als Flüchtlinge in sehr armen Verhältnissen leben. Dieser Stadtteil wird auch einen großen Teil der für den Ilisu-Staudamm Umzusiedelnden aufnehmen müssen.

Hüseyin Kalkan, Bürgermeister der Provinzhauptstadt Batman, die ebenfalls schon viele Flüchtlinge aufgenommen hat und von ca. Zweidritteln der befragten Projektbetroffenen als Zielort für eine Umsiedlung genannt wird.

Necattin Pirinccioglu, Architekt und im Vorstand (Sekretariat) der Regionalen Agenda 21 in Diyarbakir, Mitglied im Exekutivkomitee der Initiative zur Rettung von Hasankeyf. In dieser Initiative haben sich ca. 15 Verbände und Organisationen – von Gemeindevertretungen über Anwalts- und Ingenieurskammern bis zu Vertriebenen- und Menschenrechtsorganisationen – zusammengeschlossen, um ihren Bedenken Gehör zu verschaffen.

Ercan Ayboga, ebenfalls von der Hasankeyf-Initiative.

Arif Arslan, Journalist aus der Provinzhauptstadt Batman und Vertreter der „Freiwilligen von Hasankeyf“.

Die schlimmsten Folgen des Projektes

Zu den schlimmsten zu erwartenden Folgen des Staudammes zählen: Gravierende ökologische Zerstörungen in der Region, wie z.B:

- * ein massives Fischsterben
- * die Vernichtung von Flussauen und Habitaten für seltene Tier- und Pflanzenarten
- * Sedimentierung und Eutrophierung
- Auch für die Menschen in der Region sowie flussabwärts bis in den Irak und Syrien sind verheerende direkte Auswirkungen zu erwarten:
- * Vertreibung mit völlig mangelhaften Umsiedlungs- und Entschädigungsplänen
- * Menschenrechtsverletzungen
- * eine starke Verschlechterung der Wasserqualität
- * eine Zunahme von Krankheiten wie Malaria
- * die Verschärfung der Wasserkonflikte innerhalb der Region.

Ferner wird mit der Stadt Hasankeyf ein zentrales Kulturgut nicht nur für die Türkei, sondern für die gesamte Menschheit für immer in den Fluten untergehen.

Obwohl bereits klar abzusehen ist, dass der Staudamm aufgrund von massiven Planungs- und Designfehlern menschenrechtlich und ökologisch nicht zu verantworten ist, wollen sich Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz am Bau beteiligen. Dabei sollen Hermes-Bürgschaften das wirtschaftliche und politische Risiko absichern.

www.weed-online.org/ilisu



Marburger Stadtverordnete gegen Studiengebühren. MARBURG. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg beschloss folgenden Dringlichkeitsantrag von Grünen/SPD/Marburger Linke (ursprünglich handelte es sich um einzelne Anträge von Grünen/SPD und Marburger Linke, die zu einem zusammengefasst wurden):

1.) Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg wendet sich entschieden gegen die Einführung von Studiengebühren in Hessen und unterstützt die Proteste der Studierenden in Marburg und Hessen gegen die geplante Einführung von Studiengebühren.

2.) Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, unter Ausschöpfung aller ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf die Landesregierung einzuwirken, diesen Beschluss wieder zurückzunehmen.

3.) Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, endlich ihre Verantwortung für die Finanzierung der Hochschulen wahrzunehmen und für eine angemessene Ausstattung der bisher von ihr unterfinanzierten Hochschulen zu sorgen.

4.) Falls die Landes-ASTEN-Konferenz beschließt, ein Volksbegehren gegen die von der hessischen Landesregierung geplanten Studiengebühren einzuleiten, wird die Stadt Marburg aufgefordert, dieses Volksbegehren zu unterstützen.

Über die Punkte wurde einzeln abgestimmt. Obwohl CDU gegen jeden der Punkte stimmte und die FDP und MBL entweder ebenfalls gegen die Punkte stimmten oder sich enthielten, reichte die Mehrheit von SPD+Marburger Linke+Grüne, um jeden der Punkte anzunehmen. Abschließend reichte die CDU einen Antrag ein, der identisch ist mit Punkt 3 des Antrags von Grünen/SPD/Marburger Linke, welcher ebenfalls angenommen wurde.

<http://protest.blogger.de>

Bei Aufsichtsratssitzungen kommunaler GmbHs ist auch ein öffentlicher Teil möglich! REGENSBURG. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg aus dem vergangenen Jahr, welches ein Bürgerbegehren für zulässig erklärte, das mehr Transparenz in die Aufsichtsratsstätigkeit kommunaler GmbHs bringen will, ist nach langem Warten nun endgültig rechtskräftig.

Zur Erinnerung: Das VG Regensburg hat in seinem Urteil vom 2. Feb. 2005 ein Bürgerbegehren für zulässig erklärt, das neben den nichtöffentlichen auch öffentliche Aufsichtsratssitzungen forderte. Das Gericht legte bereits im vergangenen Jahr ausdrücklich dar, dass dies bei kommunalen GmbHs unterhalb 500

Beschäftigter analog den Regelungen für kommunale Ausschüsse zulässig ist. Das VG empfahl sogar eine klare Trennung zwischen öffentlich und nichtöffentlich von vorneherein zu ziehen, um das einzelne Aufsichtsratsmitglied zu entlasten. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat nunmehr am 8.5.06 die Berufungsklage der Stadt Passau gegen ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg zurückgewiesen und eine Revision nicht zugelassen.

www.gribs.net



Oberbürgermeister unterstützen Resolution gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution. STUTTGART.

In ihrer Erklärung heißt es: „Wir Oberbürgermeister möchten als Repräsentanten der Kommunen des Landes Baden-Württemberg all jenen die rote Karte zeigen, die die Fußball-Weltmeisterschaft für ihre kriminellen Machenschaften ausnutzen wollen und dieses Ereignis für den Handel mit Mädchen und Frauen aus der ganzen Welt missbrauchen. Der Kampf gegen Zwangsprostitution ist nicht nur die Aufgabe von Nicht-Regierungs-Organisationen, sondern sollte vor allem von staatlichen und kommunalen Einrichtungen geführt werden – nicht nur während der WM. Wir werden uns in Zukunft stärker gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution einsetzen und die uns zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um diesen schweren Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten und die Würde der Frauen zu schützen. Wir Oberbürgermeister unterstützen die von TERRE DES FEMMES initiierte Resolution.

Dr. Wolfgang Schuster, OB von Stuttgart. Andreas Hesky, OB von Waiblingen. Winfried Kübler, OB von Schorndorf. Dr. Jürgen Zieger, OB von Esslingen. Klaus Tappeser, OB von Rottenburg. Heinz Fenrich, OB von Karlsruhe.

www.frauenrechte.de

Keine Abfuhr für Sozialticket 2007.

BERLIN. „Es wird 2007 ein Sozialticket in Berlin geben, die dafür notwendigen Mittel sind in den Haushalt eingestellt“, versicherte am 12.5. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei). Der Preis werde die Hälfte der Kosten einer Umweltkarte betragen. Hier gilt weiter das Motto „Mobil zum halben Preis“. Unter Hinweis auf die Entscheidung des rot-roten Senates und der Fraktionen des Abgeordnetenhauses wies die Senatorin die Forderung

des Landesrechnungshofes vom Vortag zurück, dass „für das Jahr 2007 kein erneuter Vertrag über die Fortführung des ‚Sozialtickets‘ geschlossen wird“. Der Landesrechnungshof hatte argumentiert, die finanzielle Zuständigkeit für über 80 Prozent der früheren Sozialhilfeempfänger liege mit Hartz IV seit dem 1. Januar 2005 bei der Bundesagentur für Arbeit. Beförderungskosten seien im Regelsatz für die Bezieher von Arbeitslosengeld II enthalten. Sozialexperten meinen dagegen, dies reiche für die Gewährleistung der Mobilität Bedürftiger in einer Großstadt wie Berlin bei weitem nicht aus. Angestrebt wird sogar ein Sozialticket zum Preis von 18 Euro.

www.nd-online.de

Lokale Buchhandlungen stärken.

BOCHUM. Inhabergeführte Buchhandlungen haben es in Zeiten von Internet und Buchhandelsketten schwer. Die Buchhandlung um die Ecke ist in vielen Stadtteilen bereits verschwunden. Dieser Verdrängungswettbewerb wird jetzt unter Umständen durch die veränderte Einkaufspraxis der Stadtbücherei noch vorangetrieben, befürchtet Uwe Vorberg der PDS-Ratsfraktion. „Uns liegt ein Schreiben vor, dass 80 % aller Buchkäufe künftig bei der Einkaufszentrale für Bibliotheken in Reutlingen zu tätigen sind. Damit gehen die Bochumer Buchhandlungen fast leer aus. Das ist nicht hinnehmbar. Im Gegenteil ist die PDS-Fraktion ist der Meinung, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort gestärkt werden sollten. Sie tragen schließlich durch die Zahlung der Gewerbesteuer zum Erhalt der städtischen Infrastruktur bei. Und sie leisten einen Beitrag zur Kultur und Lebensqualität im Stadtviertel. Dies gilt es zu schützen. Wir fragen daher auf der nächsten Ratssitzung nach, warum es zu diesem Schritt gekommen ist und wie die Verwaltung die Folgen für den örtlichen Buchhandel einschätzt.“

www.pds-ratsfraktion-bochum.de

Bestechung von Stadträten nicht möglich. LEIPZIG. Der Bundesgerichtshof in Leipzig hat am 9. Mai ein Grundsatzurteil gefällt: „Mitglieder kommunaler Volksvertretungen sind jedenfalls dann keine Amtsträger, wenn sie nicht zusätzlich zu ihrer Abgeordnetentätigkeit mit der Erledigung konkreter Verwaltungsaufgaben betraut sind. Nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers ist die Bestechung von Abgeordneten danach nur unter wesentlich engeren Voraussetzungen möglich als bei Amtsträgern.“

AZ 5 StR 453/05. <http://juris.bundesgerichtshof.de> Zusammenstellung: baf

Es herrscht „die schiere Gier“

MANNEHM, 4. MAI 2006. Weit über 7.000 Aktionäre reisten zur Hauptversammlung der BASF AG an. Mit drei stillenden Müttern, zwei schwangere Frauen und einer drei Meter hohen Milchfla-



sche begrüßte Greenpeace die Aktionäre vor dem Rosengarten und verlangte „keine BASF-Chemikalien in der Muttermilch“. Dies richtete sich gegen die Produktion des Weichmachers Phthalat, der neben 3.000 anderen Schadstoffen in der Muttermilch gefunden wird und die Fortpflanzungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt. Phthalate finden sich in zahlreichen Alltagsprodukten wie Regenjacken, Kosmetika, Schuhen, Duschvorhängen, Farben etc. Die BASF ist der größte Hersteller dieses Stoffs. Die ach so sozial-verantwortliche und nachhaltige BASF vertritt jedoch diese Kritik nicht und veranlasste die Vertreibung der Frauen durch die Mannheimer Polizei. Die glänzende Laune anlässlich des absoluten Jahrhundertgewinns lässt man sich nicht von ein paar Miesmacher/innen verderben.

Vorstandsvorsitzender Hambrecht, jüngst erst zum „Manager des Jahres“ gewählt, stellt für das kommende Geschäftsjahr bereits wieder einen neuen Rekord in Aussicht. Schon im ersten Quartal 2006 war der Umsatz um ein Viertel höher als im Vorjahresvergleich.

An die Aktionäre wurde eine Dividende in Höhe von 2 Euro pro Aktie ausgeschüttet. Das ist viel. Die Telekom schüttet zum Beispiel gerade mal 72 Cent/Aktie aus, Daimler Chrysler liegt bei 1,50 Euro/Aktie. Für gut 1,4 Milliarden Euro kaufte die BASF eigene Aktien zurück, um den Kurs zu stärken. Man muss sich vorstellen, dass damit schlicht und einfach 1.400 Millionen Euro vernichtet werden. Woher kommt das viele Geld? Der Mengenumsatz ist enorm gestiegen, und die Belegschaft gleichzeitig ständig geschrumpft. Die Arbeitsintensität hat enorm zugenommen. Vermutlich aber auch die massenhafte Aneignung kostenloser Arbeitsstunden im außertariflichen Angestelltenbereich durch die so genannte Vertrauensarbeitszeit. Bei der BASF läuft ein von der Öffentlichkeit eher wenig bemerktes Kostensenkungsprogramm, mit dem jährliche Kosteneinsparungen von 800 Millionen Euro erzielt werden.

An der hohen Steigerung der Erträge hat der Bereich Öl und Gas erheblichen

Anteil. Bekanntlich hat die BASF ihr Joint Venture jetzt auch auf die Förderung und Exploration mit dem „äußerst verlässlichen“ russischen Gasgiganten Gazprom ausgebaut. Frau Merkel war bei der Unterzeichnung dabei. Vorstandsvorsitzender Hambrecht betonte, die Berufung des Exbundeskanzlers Schröder in den Aufsichtsrat des Gasunternehmens „findet die Zustimmung der BASF“. Man wolle die europäische Versorgung mit Gas langfristig sichern. Die BASF sichert sich damit langfristig enorme Einnahmen und spielt dabei den altruistischen Menschenfreund, dem es um die gesicherten warmen Wohnungen der Europäer gehe.

Die BASF – der unschuldige Lobbyist

Prof. Rochlitz (Aktion Alternativer BASF-Aktionäre) kritisierte die nachhaltig wirksame und offenbar erfolgreiche Lobbyarbeit der BASF in Brüssel, um die Chemikalien-Politik der EU zugunsten der Industrie zu beeinflussen und den Schutz der Menschen vor schädlichen Chemikalien zu unterwandern. „Der auf allen politischen Ebenen durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der BASF erzeugte massive Widerstand der Chemieindustrie Europas und der USA sowie der US-Administration gegen die neue – ursprünglich tatsächlich der Nachhaltigkeit verpflichteten – europäische Chemiepolitik (REACH: Mehr Sicherheit vor Chemikalien) war unverantwortlich und unmoralisch. Mit dieser Lobbyarbeit haben vornehmlich die Herren Vorscherau und Strube der Europäischen und Deutschen Chemieindustrie einen Bärendienst geleistet. Sie haben die Innovationsfähigkeit in Richtung einer wahrhaft nachhaltigen und weniger gefährlichen Chemie torpediert. Sie haben damit den Aufbau von neuen Arbeitsplätzen verhindert.“

Mittlerweile hat Greenpeace eine Broschüre zur europäischen Chemikaliengesetzgebung herausgegeben und erhebt darin schwere Vorwürfe gegen die chemische Industrie, insbesondere gegen die BASF. Die BASF hat inzwischen darauf reagiert und erklärt, wie der Mechanismus funktioniert. – und er funktioniert so, dass sie natürlich Politiker nicht bezahlt. Das System ist klüger. 350 Mitarbeiter der BASF sind Mandatsträger, in Gemeinderäten, Stadt-, Landes- oder Bundesparlamenten. Die BASF begrüßt dies und stellt sie bei „Bedarf von der Arbeitspflicht frei“.

In den europäischen und nationalen Behörden seien Tausende Fachkräfte beschäftigt auf Dauer oder nur für eine begrenzte Zeit, heißt es in einer BASF-Verlautbarung zum Lobby-Thema. Da gibt es dann welche, die bei der BASF nach langjähriger Tätigkeit in höherer Position ausscheiden und zur EU-Kommission wechseln, wie zum Beispiel Dr. Burgstahler, der von 2001 bis 2005 bei

der EU tätig war, heute wieder in Ludwigshafen. In seiner EU-Zeit wurde er „nicht von der BASF bezahlt“. Aber womöglich war in seinem Vertrag ein Rückkehrrecht geregelt. Aber solange solche Leute in der Politik tätig sind, darf man durchaus vermuten, dass sie dort als Industrieexperten entsprechende Interessen vertreten – bezahlt durch die Steuerzahler. Das ist klug, für die BASF billig und nach außen sauber. Dass die BASF ein Kontaktbüro in Brüssel unterhält, bestückt mit BASF-Justiziarern, ist öffentlich bekannt, natürlich hat sie auch eines in Berlin. Die BASF sagt: „Politikberatung ist alltäglich und sogar sehr wichtig für den politischen Entscheidungsprozess. ... Vielfalt und Komplexität der Themen sind die Gründe, warum unsere Abgeordneten auf Informationen von verschiedenster Seite angewiesen sind. Deshalb sucht die Politik den Dialog mit Wissenschaftlern und Sachverständigen, mit Vertretern von Wirtschaftsbranchen, Gewerkschaften(...) Die BASF führt den politischen Dialog vor allem dort, wo wir unmittelbar betroffen sind, zum Beispiel bei REACH. Und in wessen, wenn nicht im eigenen Interesse kann die BASF dabei sprechen?“, fragt die BASF unschuldig. Die EU habe „die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stakeholder sogar ausdrücklich zur Mitarbeit an Gesetzesinitiativen aufgefordert“. Na, da kann man sich doch nicht verweigern. Arbeitsdirektor Vorscherau klärte auf der HV sogar darüber auf, dass er höchstpersönlich um die REACH-Sache gekümmert habe und offenkundig hat die BASF da viel investiert, fast 50 % seiner Arbeitszeit, wo er doch besseres hier in Ludwigshafen zu tun hätte. „Vor allem bemühen wir uns, wichtige Themen frühzeitig und mit allen Stakeholdern anzusprechen, weil es dann mehr Freiraum zur Mitgestaltung gibt.“ Schön ausgedrückt. Je früher man auf den Gesetzgeber einwirkt, desto mehr ist durchsetzbar. Richti erklärt die BASF, Ziel von REACH sei, „den Schutz von Mensch und Umwelt zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken (...) Aber REACH muss umsetzbar sein“. Und umsetzbar heißt für die Industrie bekanntlich, es darf keinesfalls zu viel kosten. Die BASF „hat einen umfangreichen Praxistest durchgeführt, in dem wir den REACH-Prozess simuliert haben. Die Ergebnisse haben wir in unsere Gespräche eingebracht. Weiterhin beteiligen wir uns an der Ausarbeitung der Leitlinie zu REACH (...)“.

Also, alles in allem, was ganz normales. Ein Schuft, wer böses dabei denkt wie Prof. Rochlitz. Dieser lebe in einem „Wolkenkuckuckshaus“ bescheinigte ihm der BASF-Vorstand – in das niemand außer ihm hineinwolle. Da sollte sich Herr Hambrecht mal nicht so sicher sein. *ede, Kommunalinfo Mannheim*

verdi Bayern fordert: Rücknahme der 42-Stunden-Woche auch für Beamte

Nach einem über 14-wöchigen Arbeitskampf haben sich ver.di und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) im längsten Tarifkonflikt seit über 80 Jahren geeinigt. Nun fordert ver.di die entsprechende Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte. Hier eine Erklärung des ver.di Landesbezirks Bayern, Bereich Beamtinnen und Beamte.

Die Arbeitszeit in Bayern wird danach 39,73 Stunden betragen, in einzelnen Bereichen verbleibt sie sogar bei 38,5 Stunden. ver.di fordert nun die Rücknahme der 42-Stunden-Woche bei den Beamtinnen und Beamten, damit der von Ministerpräsident Stoiber geforderte „Gleichklang“ der Tarifbeschäftigten und der Beamtinnen und Beamten hergestellt wird.

Die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten wurde gestaffelt nach Alter auf bis zu 42 Stunden verlängert. Mit der Argumentation, nun den „Gleichklang“ der Arbeitsverhältnisse herzustellen, wurden die Regelungen zur Arbeitszeit im Länderbereich gekündigt.

Erklärtes Ziel war die Übertragung der 42-Stunden-Woche auf die Tarifbeschäftigten beim Freistaat Bayern. Nachdem nun eine Arbeitszeit bei den Tarifbeschäftigten von unter 40 Stunden pro Woche festgelegt wurde, kann dieser „Gleichklang“ nur durch eine Änderung der Arbeitszeit bei den Beamtinnen und Beamten hergestellt werden. Wir fordern deshalb mit Nachdruck



die Angleichung der Arbeitszeit im Beamtenbereich. Wir brauchen wieder einheitliche Arbeitsbedingungen in Bayern für die unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen! Für die Tarifbeschäftigten wurde die Rücknahme der 42-Stunden-Woche, die nach der Kündigung der Tarifverträge arbeitsvertraglich vereinbart wurde, erreicht.

Nun muss die Angleichung der Arbeitszeit bei den Beamtinnen und Beamten ebenso folgen!

Die beiden Bilder geben einen Eindruck von der letzten verdi-Aktion am 17. Mai in München. Mehr als 2000 Menschen waren dabei, als die Demonstration an der Mahnwache vor der Staatskanzlei losging und in beeindruckender Länge zum Finanzministerium zog. Dort wurden Herrn Stoiber „höchstpersönlich“ sogenannte „Haushaltsmittel“ übergeben. An diesem und am nächsten Tag sorgten Solidaritätsstreiks in städtischen Einrichtungen für einige Aufregung bei den öffentlichen Arbeitgebern. Solidarität übten aber auch 69 Münchner Professorinnen und Professoren, die in einem Offenen Brief an Edmund Stoiber erklärten: „Es liegt im Interesse der Münchner Hochschulen, gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte leistungsgerecht und nach einem gültigen Tarifvertrag zu bezahlen. Es liegt nicht im Interesse der Münchner Hochschulen, durch Arbeitszeitverlängerung weiteren Stellenabbau und Einstellungsstop verordnet zu bekommen.“

www.verdi-bayern.de

Zeitarbeitsbranche fordert verbesserte Rahmenbedingungen. –

FAZ, Sa, 20.5.06. Der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) will die Ausweitung des Entsendegesetzes auf die Zeitarbeit erreichen, verbunden mit einem tariflichen Mindestlohn, über den Arbeitgeber und Gewerkschaften zur Zeit verhandeln. Weiter verlangt der BZA, dass Zeitarbeit vom Grundsatz der EU-Dienstleistungsrichtlinie, nach der Dienstleister nur den Vorgaben ihres Heimatlandes unterliegen, ausgenommen wird. Der Verband bekam in diesem Punkt Unterstützung von Arbeitgeberpräsident Hundt. Er unterstützt die Branche auch in ihrer Forderung an die Politik, das „Equal Treatment“ abzuschaffen. Danach müssen Zeitarbeitsfirmen ihren Mitarbeitern die gleichen Bedingungen bieten, wie sie die Beschäftigten in dem Betrieb vorfinden, an den die Zeitarbeiter ausgeliehen werden.

Merkel gründet Innovationsrat neu. –

HB, Fr./Sa. 26./27.5.06. Der Rat wird geführt von Siemens-Aufsichtsratschef H. von Pierer, der bereits offizieller Ratgeber der Bundeskanzler Kohl und Schröder war, er besteht aus 17 Personen. Bewährte Mitglieder dieses Kreises sind die Aufsichtsratsvorsitzenden von BMW, J. Milberg, von Thyssen-Krupp, E. Schulz, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft H.-J. Bullinger. Neu engagiert sind die Aufsichtsratsvorsitzenden von Daimler-Chrysler, D. Zetsche, von Bayer, W. Wenning und SAP, H. Kagermann sowie der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft P. Gruss, ASU-Präsident P. Adenauer und M. Militzer vom Thüringer Automobilzulieferer Mitec. Die Bundeskanzlerin erklärte, die Runde werde sich mit verschiedenen Themen befassen, was dazu führen sollte, dass die Politik die Rahmenbedingungen und die Schwerpunkte richtig setze. Außerdem solle beraten werden, wie Deutschland im Rahmen seiner EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 das Thema Innovation vorantreiben könne.

BDA und BDA diskutieren Zusammenschluss. –

FAZ, Di., 16.5.06. – Als Verband der Verbände gilt der BDI als das politische Sprachrohr der deutschen Industrie und der Großunternehmen. In dem Verband arbeiten 150 Mitarbeiter, vor allem in Berlin aber auch in Brüssel. Er verfügt über einen jährlichen Etat von gut 17 Millionen Euro. Der dreiköpfigen Hauptgeschäftsführung obliegt neben der Verbandsleitung die Vorbereitung von sowie die Einflussnahme auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung. In den Verbänden BDI und BDA wird so intensiv wie seit Jahren nicht mehr über einen Zusammenschluss debattiert.

Presseauswertung: rst



Bis zum Sommer 2007 eine neue Linkspartei in Deutschland – Brief des Par-

teivorsitzenden Lothar Bisky an
die Mitglieder der Linkspartei.PDS

Liebe Genossin, lieber Genosse,
Wahlaktivitäten und Parteitage auf
Bundes- und Landesebene liegen hin-
ter uns. Wichtige Wahlkämpfe stehen
unmittelbar vor uns. Dennoch: Die Zeit
drängt: Trotz mancher Turbulenzen
und Schwierigkeiten – wir halten an
unserem Vorhaben fest, gemeinsam mit
der WASG, bis zum Sommer 2007 eine
neue Linkspartei in Deutschland zu
schaffen. Eine solche Partei muss von
unten wachsen, von unseren Mitglie-
dern gewollt und gestaltet werden.

Im Februar hat die gemeinsame Pro-
grammgruppe, bestehend aus Mitglie-
dern der WASG und unserer Partei
„Programmatische Eckpunkte“ vorge-
stellt. Mit den Eckpunkten liegt euch
kein Programmwurf vor. In diesem
Papier wurden gemeinsame Positionen
formuliert, politische Projekte, strate-
gische Überlegungen aufgeschrieben
und offene Fragen gestellt, die unter
verschiedenen linken Kräften disku-
tiert werden.

Längst haben in den Landesverbän-
den die Debatten begonnen. (...) Doch
wenn wir im Herbst zu einem Resümee
kommen wollen, dann müssen wir jetzt
noch einen Schritt zulegen.

Im Mittelpunkt der Debatten stehen
für mich folgende Fragen.

1. Welches sind neue Herausforde-
rungen in der Gesellschaft, die neue
Antworten auch von den Linken ver-
langen und wie stellen wir uns ihnen?

2. In den Eckpunkten werden Grund-
positionen der neuen Linkspartei be-
nannt: die Orientierung auf die Ver-
bindung von Freiheit und Gleichheit in
einem modernen Gerechtigkeitsver-
ständnis, welche die Garantie von po-
litischen und sozialen Rechten für
grundlegend und entscheidend hält,
um ein selbstbestimmtes Leben führen
zu können. Demokratischer Sozia-
lismus sollte als inhaltliche Leitidee
unseres Handelns auch in einer neuen
linken Partei seine Verankerung fin-
den. Wir müssen diskutieren, welchen
Stellenwert der demokratische Sozia-
lismus in unserem neuen Parteipro-
gramm einnehmen soll?

3. Reformprojekte, wie Arbeitszeit-
verkürzung, öffentlich geförderte Be-
schäftigungssektoren, Zukunftsinv-
estitionsprogramm, soziale Grundsiche-
rung, Bildung und Umwelt gehören,
zum politischen Alternativangebot.
Wie wollen wir an deren Realisierung
herangehen?

4. Die Programmgruppe hat sich nicht
in allen inhaltlichen Fragen einigen
können, sondern bewusst festgehalten,
wo es Dissense gibt. Dazu gehört zum

Beispiel die Frage, ob wir für eine be-
darfsorientierte Grundsicherung oder
ein bedingungsloses Grundeinkommen
eintreten. Dahinter stehen auch un-
terschiedliche Vorstellungen über die Zu-
kunft der Arbeitswelt. Diese Dissense
müssen wir weiter diskutieren, aber im
Verlauf des Programmprozesses auch
einer Entscheidung zuführen.

5. Protest und Widerstand – An-
spruch auf politische Gestaltung – An-
streben von Zielen, die über diese Ge-
sellschaft hinausweisen, haben wir als
„strategisches Dreieck“ unseres politi-
schen Handelns bezeichnet. Wie wollen
wir dem in unserer Politik Rechnung
tragen?

6. Entscheidend für unser politisches
Wirken ist der Kampf gegen Rechtsex-
tremismus, Rassismus und Antisemi-
tismus. Wie können wir aus der ak-
tuellen Debatte heraus – weg vom Ak-
tionismus – zu einer dauerhaften, an
die Wurzeln gehenden Veränderung
dieser menschenverachtenden Le-
benshaltungen kommen?

Ich werde die Landesvorstände bi-
ten, Arbeitsgruppen zu bilden, die die
Programmdebatte koordinieren ...
und sie bitten, die entscheidenden
Punkte aus den Diskussionen für die
Gemeinsame Programmgruppe her-
auszuarbeiten. Zugleich werden in den
Landesverbänden Referentenpools ge-
bildet, damit ihr jederzeit Gesprächs-
partnerinnen und -partner für Foren
und Basisveranstaltungen findet.

Das „Eckpunkte-Papier“ wurde im
Pressedienst 9/2006 veröffentlicht, im
Internet kann man es auch nachlesen
unter <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/index.htm> und ihr
findet dort auch gleich noch interes-
sante Kritiken und gehaltvolle Reak-
tionen auf das Eckpunktepapier. An-
fang Juni wird ein Manifest zur Grün-
dung einer neuen Linken erscheinen.
Es ist günstig, dieses Manifest in die
Debatte einzubeziehen. Ein Manifest
richtet sich wie ein Aufruf an die Öf-
fentlichkeit. Als Mitglieder einer Par-
tei stehen wir weiterhin vor der Auf-
gabe, die Grundpositionen der politi-
schen Arbeit, der Strategie einer neu-
en Linkspartei systematisch und ana-
lytisch exakt zu entwickeln, um in ei-
nem demokratischen Prozess gemein-
sam darüber zu entscheiden.

Mir ist nicht daran gelegen, dass all
unsere Diskussionen einfach so „im
Raum stehen bleiben“. Deshalb bemü-
hen wir uns, dass regelmäßig in den
„Kleinen Zeitungen“, im ND, in Zeit-
schriften wie „Utopie-kreativ“, „Sozi-
alismus“ und „Z-Marxistische Erneue-
rung“ über die programmatischen
Veranstaltungen und Positionsbestim-
mungen berichtet wird. Ich will keine
Eulen nach Athen tragen, aber ich gehe
davon aus, dass ihr die Diskussions-

veranstaltungen gemeinsam mit Kol-
leginnen und Kollegen der WASG vor-
bereitet und durchführt.

Ein Punkt der mir besonders am Her-
zen liegt: Mit unserer Programmde-
batte sollten wir GewerkschafterIn-
nen, Bewegungen, Verbände, Intellek-
tuelle aus Kultur, Bildung, Gesund-
heitswesen, UnternehmerInnen, Ver-
treterInnen der Kirchen ansprechen.
Ich könnte noch mehr Gesprächspart-
nerinnen aufzählen, mir geht es darum,
dass die innerparteiliche Auseinander-
setzung zu einer neuen Programmatik
transparent, öffentlichkeitswirksam
und interessant zu gestalten sein wird,
dass wir neugierig sind auf Kritik und
Anstöße. Auch die anderen Parteien
führen ihre Programmdebatten öffent-
lich, das sollte uns auch gelingen.

Ich schlage vor, dass wir im Herbst
2006 auf Bundesebene eine gemein-
same Veranstaltung von Linkspartei.
PDS und WASG durchführen. In Ar-
beitskreisen sollen erarbeitete Positi-
onen vorgestellt werden. Arbeits- und
Interessengemeinschaften, Gäste aus
anderen linken Parteien, aus Bewe-
gungen, Organisationen, Verbänden
sowie Wissenschaftlerinnen und Wis-
senschaftler sind uns willkommen.
Diese Veranstaltung ist ein Schritt auf
dem Weg zu einem Gründungsdoku-
ment, über das die Mitglieder beider
Parteien in Urabstimmung entschei-
den werden.

Eure Ansprechpartner für die jetzige
Diskussion sind die Kreisvorstände
und der Landesvorstand. Die parteina-
hen Stiftungen haben ihre Unterstüt-
zung zugesagt. Die Mitglieder des Par-
teivorstands stehen euch selbstver-
ständlich auch als ReferentInnen bzw.
DiskussionspartnerInnen zur Verfü-
gung. Die Gemeinsame Programm-
gruppe ist der inhaltliche Ansprech-
partner für Meinungsäußerungen. Sie
plant, regelmäßig einen „Informations-
reader der Gemeinsamen Programm-
gruppe“ herauszugeben.

Ich wünsche uns eine an- und im po-
sitiven Sinne aufregende Programmde-
batte auf dem Wege zu einer neuen lin-
ken Partei in Deutschland. Die Chan-
cen stehen gut, denn schauen wir auf
die Mindestlohndebatte, auf Kritik an
Rentenentscheidungen und kommen-
der Gesundheitsreform, wir haben
schon jetzt etwas im Land verändert.
Gemeinsam mit unseren Freundinnen
und Freunden in der Partei der euro-
päischen Linken, die große Hoffnungen
in die Parteineubildung setzen, haben
demokratisch sozialistische Ideen und
linke Politik eine Renaissance. Dafür
haben wir immer gekämpft, dafür lohnt
es zu streiten und Engagement für die
programmatische Debatte aufzubrin-
gen. – Mit solidarischen Grüßen

Lothar Bisky (leicht gekürzt)

Zum Beispiel: Die SL-Kampagne 2006

Von Eva und Hans Henning Hahn

Das sudetendeutsche politische Leben wird modernisiert, und seine Vertreter suchen nach neuen Arbeitsmethoden und -inhalten. Sie haben begonnen, auf den weltweiten Trend des historischen Revisionismus zu setzen, der ihnen einen neuen Blickwinkel auf den zweiten Weltkrieg eröffnet.

Eine der Veränderungen dokumentierte der kürzliche Besuch des Vorsitzenden der österreichischen Sektion der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Gerhard Zeihsel, in Begleitung einer Gruppe Wiener Abgeordneter in Lidice und Ústí nad Labem (Aussig). Bis vor Kurzem waren nämlich in sudetendeutschen Kreisen die Erinnerungen an den Nazismus verschwiegen worden. Neuerdings ist die österreichische Zeitung „Sudetenpost“ stolz auf die neue Linie ihrer Führung und stellt sie Tschechien als beispielgebend hin. Nach Meinung dieser Zeitung war der Besuch von Zeihsel in Lidice „eine Versöhnungsleistung“, verbunden mit der Hoffnung, dass die „Prager Regierung die hingestreckte Hand ergreift“. Ein solches „Wunder an der Moldau“ sei allerdings

vor den anstehenden Wahlen kaum zu erwarten, fügte der Kommentator des Blattes anscheinend verständnisvoll hinzu, er musste jedoch die traditionelle Verärgerung über die angeblich grobe Uneinsichtigkeit der tschechischen Nation akzentuieren, die sich nach wie vor getraut, einem Beneš-Denkmal zu bauen: „Muß der Blick in die Fratze dieses Mannes für einen Sudetendeutschen nicht mindestens so verletzend sein wie der Anblick einer Mohammed-Karikatur für einen Moslem?“ (Sudetenpost, 26.3.2006).

Für den historisch gebildeten Beobachter bietet die „Sudetenpost“ häufig überraschende Bilder der Vergangenheit an. Auch die neueste Entwicklung deutet auf eine ungewohnte Form der Erinnerung: Zu Fotografien von den neuen Pilgerfahrten zu den Denkmälern der Vergangenheit der tschechischen Länder werden solche Informationen geliefert, dass „in Lidice der tschechischen Opfer des Massakers im Jahr 1942“ gedacht wurde, während „in Aussig die sudetendeutschen Opfer der Pogrome des Jahres 1945“ geehrt wurden. Der Gebrauch des Singulars und des Plurals (des Massakers, aber der Pogrome) ist ein Ausdruck der traditionellen sudetendeutschen Vorstellung, dass,

während die Tschechen den Krieg in angeblichem Wohlstand während des Protektorats durchlebt haben, unterbrochen nur von einem Massaker in Lidice, die Sudetendeutschen zu Opfern von vielen ähnlichen Verbrechen geworden sind: „Lidice wurde ganz ungeheuerlich aufgebaut. Die Tschechen haben jedenfalls Lidice tausendfach an den Sudetendeutschen wiederholt“, schrieb bereits 1948 der berühmte Pater Emanuel Reichenberger.

Folgen von erfolglosem Druck

In den letzten beiden Jahren zogen die sudetendeutschen Politiker die Schlussfolgerung, dass dem früheren außenpolitischen Druck auf die Tschechische Republik (ČR) kein Erfolg beschieden war. Ihre neue Strategie ist darauf angelegt, Unterstützung in der jungen Generation tschechischer Bürger zu suchen, um die tschechisch-deutschen Konflikte in eine innenpolitische Kontroverse in Tschechien zu verwandeln.

Laut einer Mitteilung ihrer Münchner „Sudetendeutschen Zeitung“ vom 25.11.2005 hat die „Sudetendeutsche Bundesversammlung“ beschlossen, 2006 eine bundesweite Kampagne zur Vertreibung der Sudetendeutschen zu starten. Zu diesem Zweck rief sie alle Bundes- und Landesorganisationen zu öffentlichen Demonstrationen in Großstädten auf. Deren Ziel besteht darin, die Medien zu informieren, dass die Sudetendeutschen vor 60 Jahren Opfer eines Genozids wurden. An die einzelnen Mitglieder erging der Aufruf, „sich an der zentralen Briefkastenaktion zu beteiligen“, in deren Rahmen Flyer mit Informationen über „die Beneš-Dekrete, über den Verlust der Heimat, die deutschen Opfer sowie über die Forderungen der SL zur Heilung des Vertreibungsunrechts zum Einwurf gelangen“. Der Spruch „Vertreibung ist Völkermord“ wurde zur Losung des Jahres 2006.

Im Rahmen dieser Kampagne wandte sich vor Kurzem die Bundesversammlung der SL an die Tschechische Republik mit einem erneuten Aufruf zu einem so genannten direkten Dialog. Dessen Ziel soll es sein, die Aussiedlung (odsun) als Verbrechen des Genozids anzuerkennen, dessen sich die Tschechoslowakei im Widerspruch zum Völkerrecht schuldig gemacht habe und dem angeblich 250 000 Personen zum Opfer gefallen seien (Hinweise auf die völkerrechtliche Legitimierung der Aussiedlung durch die Potsdamer Konferenz und die Versicherung der tschechisch-deutschen Historikerkommission, dass in der Tschechoslowakei nach dem Krieg

Sudetendeutsche Zeitung vom 31.3.2006, Seite 2



Das Präsidium der Bundesversammlung: Vizepräsidenten Karl Nausch und Gerhard Zeihsel, Präsident Dr. Werner Nowak, Schriftführerinnen Hannelore Heller und Hiltrun Barthlme. Bilder: Herbert Fischer

› Fortsetzung von Seite 1

Appell zum Dialog

nach der Vertreibung – an die großen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, die über Jahrhunderte hinweg von Deutschen in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien erbracht worden sind. Zentrale Elemente der wirtschaftlichen und öffentlichen Infrastruktur der heutigen Tschechischen Republik sind in

schaft fordert die öffentlichen Körperschaften der Tschechischen Republik auf allen Ebenen auf, die in ihrer Zuständigkeit befindlichen Kunstwerke zu pflegen, durch korrekte mehrsprachige Bezeichnungen auf ihren deutschen Ursprung zu verweisen und entschieden Versuchen Einhalt zu gebieten, ihre

und sudetendeutsche Repräsentanten in einem offenen und ehrlichen Dialog um die Aufarbeitung der beide Seiten berührenden Belastungen bemühen und damit die Grundlage für einen tragfähigen Ausgleich und eine dauerhafte Aussöhnung zwischen dem tschechischen Volk und der sudetendeutschen

im Höchstfall 30 000 Deutsche umgekommen sind, werden nach wie vor verschwiegen). Parlament und Regierung der ČR wurden aufgefordert, sich von der Aussiedlung im gleichen Sinne zu distanzieren, wie die deutschen Staatsorgane die nazistischen Verbrechen verurteilen. Ferner wurde die Forderung nach Abschaffung der Beneš-Dekrete wiederholt, und es wurde zu einem so genannten „offenen und ehrlichen Dialog“ und „vorbehaltslosen Verhandlungen“ über „die bis heute ungelöste Problematik bezüglich des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen“ aufgerufen. Ein neues Thema dieser Forderungen wurde der Schutz so genannter deutscher Kunstwerke, vor allem aus der Zeit der Gotik und des Barock, die auf dem Boden der ČR angeblich dem Verfall preisgegeben würden. Die Staatsorgane und Eliten der ČR sollen darüber hinaus ihre Politik der „Blockade“ aufgeben und in Verhandlungen mit Vertretern der sudetendeutschen Volksgruppe im so genannten europäischen Geist eintreten.

Unter den jungen Tschechen und Deutschen finden politische Programme dieser Art einen ähnlich großen Anklang, wie sich früher einmal viele Menschen für die so genannte Generallinie der KPC begeistern konnten. Der moralische Appell, Unrecht zu verurteilen, dem in der Vergangenheit Millionen wehrlose Menschen zum Opfer fielen, war in der Nachkriegs-Tschechoslowakei vor allem für einen großen Teil der damaligen Jugend von großer Anziehungskraft. Die kommunistische Propaganda verurteilte damals in dramatischen Erklärungen, dass in der Vorkriegszeit Arbeiter brutal zusammengeschossen wurden, marxistische Historiker legten wissenschaftliche Studien über den so genannten Klassenkampf

im Kapitalismus vor und linke Journalisten beschrieben liebevoll die Erinnerungen von Arbeiterführern, die über ihre Erfahrungen in den Gefängnissen der Ersten Republik berichteten. Angehörige des nichtkommunistischen Teils der Öffentlichkeit, die damals auf Geschichtsverfälschungen der Vorkriegs-Tschechoslowakei hinwiesen, wurden als unbelehrbare Verfechter einer vergangenen Welt kritisiert. Beleidigte Anhänger eines angeblichen neuen Moralgefühls im Vergleich zur Vorkriegszeit lehnten es ab, über Hinweise von nichtkommunistischen Stimmen auf antiliberale Tendenzen in der politischen Nachkriegsentwicklung zu diskutieren, die dazu beitrugen, ein neues Geschichtsbild zu legitimieren. Heute wird zum Gegenstand eines ähnlich vereinfachenden historischen Revisionismus die Nachkriegszeit, und das nicht nur in Tschechien.

Slowenische Umbewertungen

In der slowenischen Hauptstadt Ljubljana stößt der Besucher des Museums der Geschichte des 20. Jahrhunderts auf unerwartete Geschichtsdarstellungen des zweiten Weltkriegs. Die dramatische Schilderung des Umgangs mit slowenischen Kollaborateuren in der Nachkriegszeit lässt gelegentliche Hinweise auf die Rolle Deutschlands in den Kriegsjahren verblasen. Zu dem neuen Slogan wurde „Hakenkreuz und Titostern“ als slowenische Variation eines neuen Trends, der die Unterschiede zwischen Verbrechen von Nazismus und Kommunismus verwischt. In Slowenien unterstützt diesen Trend die neue Rechtsregierung, unter deren Schirmherrschaft das Ljubljauer Museum reorganisiert wurde. Die Versuche, die früheren Kollaborateure mit den Besatzungsbehörden von Nazideutschland zu

rehabilitieren und den Kampf der Partisanen auf eine Stufe mit dem Nazismus zu stellen, riefen den Protest von zahlreichen slowenischen Historikern hervor. Genau wie an den tschechischen Debatten über die Aussiedlung nehmen deutsche Medien lebhaften Anteil an den slowenischen Debatten, wobei sie auch im Fall Slowenien nicht die konträren Standpunkte wiedergeben, sondern nur die eine Seite unterstützen.

Der in Tschechien bekannte Korrespondent der deutschen Tageszeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Karl-Peter Schwarz, schrieb z.B. am 5.12.2005 in dem Artikel über „Nachkriegsverbrechen in Slowenien“, dass „die meisten Verbrechen, deren Spuren man nun nachgeht, ... vor mehr als sechzig Jahren geschehen (sind)“, dass sie später tabuisiert waren und erst heute aufgedeckt werden. Darüber, wie die slowenischen Historiker über die Abrechnung in den Nachkriegsjahren forschen und schreiben, wurden die Leser zwar nicht informiert, aber die angeblich alten Mythen vom Krieg und den Partisanen sollen nicht mehr haltbar sein. Schwarz macht keinen Hehl aus seinen Sympathien für die Revision des Geschichtsbildes und führt die slowenischen Historiker als verblendete linke Verweigerer einer kritischen Geschichtsschreibung vor.

Norman Naimarks „Killing Fields des Ostens“

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Transit“, die vom Wiener internationalen „Institut für die Wissenschaften vom Menschen“ herausgegeben wird, bereicherte der berühmte amerikanische Historiker Norman Naimark das Projekt des Revisionismus um die Neuprägung „Die Killing Fields des Ostens“. Polen, die Ukraine, Litauen und Weißrussland seien in den Jahren des zweiten Weltkriegs zu einem Schauplatz der furchterlichsten Verwüstungen seit Menschengedenken geworden; dieses Urteil stützt sich auf Bilder der verschiedensten Arten von Massentod, wobei aber bei weitem nicht die Naziverbrechen an erster Stelle genannt werden. Als Schuldige wird hier ein kollektives Urteil gleichermaßen über drei Nationen, d.h. die Deutschen, Polen und Ukrainer gefällt. Naimarks Bild von den „Killing Fields des Ostens“ zielt in erster Linie gegen den angeblichen Mythos vom polnischen kommunistischen Nationalismus, der nach seiner Ansicht unberechtigtweise Polen als Opfer der deutschen Aggression betrachtet. In Naimarks Augen ist also nicht nur die polnische Nation mitschuldig am Holocaust; er sieht Polen vorwiegend als Land, das an den Deutschen kollektive Rache geübt hat, als Land von Pogromen und Ausrottungskriegen gegen die Ukrainer – die allerdings nach diesem Geschichtsbild selbst



Aus der Ausstellung: Hakenkreuz und Titostern, die für den „mitteleuropäischen Kirchentag“ 2003 erstellt wurde. Die Bildunterschrift lautet: mit der Unterschrift: „Partisanenmythos und Heldenkult am Friedhof Suetschach: Grabstätte gefallener Partisanen, darunter der slowenische „Nationalheld“ Matija Verdnik-Toma.“

BdV: Nur acht Prozent aus eigener Tasche

Erika Steinbach, Mitglied des CDU-Bundesvorstands und Bundestagsabgeordnete, wurde am 19. März mit 63 von 77 Stimmen als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) wiedergewählt. Die Bundesgeschäftsstelle des BdV befindet sich noch in Bonn und soll vorerst auch dort bleiben. Für einen Umzug fehle das Geld, sagt Steinbach laut Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). Deren Autor Peter Carstens interessierte sich in diesem Zusammenhang für die finanziellen Ressourcen des Verbandes und stellte fest: „Die Vertriebenenvereinigung kann ohne Geld vom Staat ohnehin nicht existieren. Nur etwa fünfzehn Prozent des Haushalts stammen aus Mitgliedsbeiträgen. Rechnet man noch die Projektmittel verschiedener Ministerien zum BdV-Haushalt dazu, dann liegt der Eigenbeitrag der Vertriebenen zur Arbeit des BdV bei weniger als acht Prozent der Jahresausgaben in Höhe von etwa 2,2 Millionen Euro. Rund 960.000 Euro davon stammen aus dem Haushalt des Innenministeriums.“ (FAZ, 20.3.2006) Wohl gemerkt, dies sind nur die Mittel, die dem BdV zur Verfügung gestellt werden. Die einzelnen Landsmannschaften haben noch mal extra Töpfe. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit beschenkte der neue Kulturstatsminister Neumann die Vertriebenenverbände mit einer Erhöhung der Mittel für die Kulturförderung nach dem Vertriebenengesetz um eine Million Euro.

nicht viel besser sind. Das Bild vom zweiten Weltkrieg als „Killing Fields des Ostens“ (über den Westteil des Kontinents wird hier wohlweislich geschwiegen) soll angeblich einen Beitrag auf dem Weg in eine bessere Zukunft leisten.

Norman Naimark selbst hat sich schon vor einigen Jahren um die Popularisierung des damals neuen Konzeptes der Aussiedlung als so genannte ethnische Säuberung verdient gemacht. Sein Buch „Fires of Hatred“ (deutscher Titel: „Flammender Hass“), das soeben in Tschechisch herausgegeben wurde, wimmelt laut dem Experten für Aussiedlungsprobleme, Tomáš Stancák, nur so von faktografischen Fehlern und unbegründeten Urteilen. Der Versuch Naimarks, oberflächliche historische Skizzen zu einem großen Fresko angeblich gesamteuropäischer Trends der Geschichtsentwicklung zusammenzustellen und deren gemeinsame Züge auf einen Gesamtnenner zu bringen, hat sehr schnell nicht nur bei zahlreichen Politikern, sondern auch bei Historikern freundliche Aufnahme gefunden. Allerdings räumt Naimark ein, dass er die tschechische Geschichte nicht versteht, und laut Stancák hat er von ihr keine Ahnung, aber er stellt in seinem Bild von den „ethnischen Säuberungen“ die tschechische Nation zusammen mit den Polen als Haupturheber der so genannten Fires of Hatred dar, die angeblich im 20. Jahrhundert vom Kaukasus über die Türkei bis nach Prag gewütet haben. Wegen der Aussiedlung wurde im damaligen Naimark'schen Modell der tschechoslowakischen Geschichte ein Spitzenplatz eingeräumt, im neuesten Modell des Naimark'schen Revisionismus hat sie aber nicht Eingang gefunden.

Ob Beneš, Osteuropa oder Gesamteuropa an den Pranger gestellt werden soll, ist zwar unklar, aber dem Ostteil des Kontinents wird in jedem Fall die Verantwortung für die Verbrechen zu-

geschrieben, denen 30, manchmal 50 und schließlich sogar 70 Millionen Europäer zum Opfer gefallen sind. Als Opfer werden die verschiedensten Völker, z.B. die Armenier, Griechen, Inguschetten und Tataren, aber auch die jüdischen Opfer des Holocaust aufgeführt. Aber als zahlreichste Opfergruppe des vorgeblichen Irrwegs der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert werden die Deutschen ausgegeben, so dass nach der erfolgreichen Erreichung der Ziele des modernen historischen Revisionismus Deutschland nach zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert letztendlich die Anerkennung als Opferlamm der modernen europäischen Geschichte zuteil würde, die bereits die Nazis für sich in Anspruch genommen haben.

Mehr als eine sudetendeutsche-tschechische Kontroverse

So, wie die kommunistischen Agitatoren die verschiedensten Beispiele des so genannten Klassenkampfes aus dem historischen Kontext herausgerissen haben und die europäische Geschichte als Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus gezeichnet haben, konstruieren die heutigen Verfechter des historischen Revisionismus ein Geschichtsbild der so genannten ethnischen Säuberungen, der Umsiedlung, des Mordens und der allseitigen Verfolgung der deutschen Nation und der Kollaborateure mit dem Nazismus als Opfer einer Art moderner Verschwörung auf dem europäischen Kontinent des 20. Jahrhunderts. An die Ideale der liberalen Demokratie, die an der Wiege der neuen europäischen Ordnung nach dem 1. Weltkrieg standen und die erst am Ende des 20. Jahrhunderts auf (fast) dem ganzen europäischen Kontinent als Leitwerte des politischen Lebens durchgesetzt wurden, wird in dem neuen historischen Revisionismus kein Gedanke verschwendet. Vor allem aber geht die Erinnerung an die spezifischen Züge des Nazismus verloren, und auch

die gemeinsamen Anstrengungen von Millionen Europäern, die sich um die Befreiung der Mehrheit der europäischen Völker von den brutalen nazistischen Versuchen, die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent zu erlangen, verdient gemacht haben, werden völlig ausgeblendet. Die heutigen Auseinandersetzungen um die Geschichte der Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei sind nicht nur eine regional ausgeprägte tschechisch-sudetendeutsche Kontroverse. Auf dem Hintergrund ihrer Zusammenhänge mit dem heutigen historischen Revisionismus zeigen sich in ihnen wesentlich ernstere und durchaus nicht neue Probleme des Geschichtsbewusstseins.

Auch die sudetendeutsche Kampagne, die Aussiedlung als Völkermord darzustellen, ist nicht neu. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit verglichen frühere Nazis, z.B. der bekannte Soziologe Eugen Lemberg, die Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten, die in den Jahren 1939–1945 zum Großdeutschen Reich und nach dem Krieg zur Tschechoslowakei und zu Polen gehörten, mit dem Holocaust: „Was Juden durch Deutsche zugefügt wurde, ist diesen von Tschechen und Polen widerfahren.“ Heute wird allerdings solchen Versuchen der Revision des Geschichtsbildes des 2. Weltkriegs und der Verniedlichung der nazistischen Verbrechen durch Verweise auf einzelne Beispiele brutaler Gewalt aus der Nachkriegszeit weitgehende Unterstützung im weltweiten Trend des historischen Revisionismus zuteil.

Quellen: Sudetendeutsche Zeitung, 31.3.2006. Norman M. Naimark, Die Killing Fields des Ostens und Europas geteilte Erinnerung, in: Transit 30 (Winter 2005/2006).

Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, ISBN 3-406-51757-9. Eugen Lemberg, Geschichte des Nationalismus in Europa, Stuttgart 1950.

Hans Henning Hahn ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Eva Hahn stammt aus Prag und lebt seit 1968 in der BRD. Als Historikerin an der Universität Oldenburg bearbeitet sie hauptsächlich deutsch-tschechische Themen. (Mehr unter www.bohemistik.de)

Dieser Artikel erschien am 22.4.2006 unter der Überschrift „Die Sudetendeutschen haben eine neue Strategie“ in der tschechischen Tageszeitung Lidové noviny. DTN-Übersetzung aus dem Tschechischen: Hans Lindemann. Überschrift und ein Teil der Zwischenüberschriften: DTN.

Wir danken den Autoren für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.

(Nachdruck aus: DTN 72 vom 23. Mai 2006)

Eine erste Ankündigung

Kurs Wirtschaft:

Interessenlagen auf den Energiemärkten

In diesem Sommer wollen wir uns mit den Interessenlagen der Anbieter und der Nachfrager auf den Märkten für Energie auseinandersetzen, mit den wirtschaftlichen Verhaltensweisen, die sich auf diesen Märkten entwickeln und mit den politischen Strategien, die in die wirtschaftlichen Vorgänge auf diesem Sektor bestimmend mit eingehen. Zu nennen ist hier die politische Absicherung der Lieferung, die Sicherung der Verkehrswege, der spezifischen Besteuerung des Verbrauchs, der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Reservekapazitäten im „öffentlichen Interesse“ und aus öffentlichen Mitteln.

Zum Einstieg werden wir uns mit Texten zur Marktformenlehre auseinandersetzen. Mit dieser Technik löst die Volkswirtschaftslehre die Annahme des vollkommenen freien Marktes in ein ganzes Feld unvollkommener, ungleichgewichtiger Beziehungen zwischen Verkäufern und Käufern auf, aus denen typische Situationen folgen, in denen jeweils spezifische Strategien entwickelt werden.

In einem zweiten Schritt wollen wir das spezifische Verbraucherinteresse an der Energieversorgung betrachten, wie es sich aus der heutigen Produktions- und Reproduktionssituation ergibt. Es fällt das Schlagwort von der „sicheren“ Versorgung zu „bezahlbaren“ oder we-

nigstens sicher kalkulierbaren Preisen.

Das inzwischen allgemein eingeschränkte Bild des „Black Out“ macht deutlich, wie extrem und schnell wirkend die Abhängigkeit der sozialen Prozesse von gesicherter Energieversorgung geworden ist.

Wir hoffen noch, eine geeignete wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung aufzutreiben, die zeigt, wie das Bedürfnis an Versorgung mit Energie den Charakter eines öffentlichen Interesses annimmt. So zum Beispiel im landwirtschaftlichen Betrieb, der vor der Motorisierung als Nachfrager auf den Energiemärkten nicht auftreten musste, sondern seinen Bedarf an Kraft und Wärme selbst, durch Einschlag von Holz, Aufzucht und Fütterung von Zugvieh aus eigenen Erträgen decken konnte. Völlig im Unterschied dazu sind die Bewohner einer heutigen städtischen Region beruflich und privat aufgeschmissen, wenn der Strom ausfällt. Es ist, als wäre die Straße gesperrt ...

Eine solche extreme Abhängigkeit erzeugt, darum wird es uns dann im dritten Teil gehen, ein übergreifendes politisches Interesse, das sich in verschiedenen Feldern auslebt.

Erstens geht es um Probleme der Versorgung, wie sie durch technische Monopole der Verbreitung gegeben sind. Daraus folgen Maßnahmen der Regulierung eines unvollkommenen Marktes.

Zweitens geht es um die Sicherung der Versorgung, durch Zugriff auf global verfügbare Ressourcen, um die Konkurrenz von Weltregionen als Nachfrager und um Versuche, die Monopolstellung von Anbietern aufzubrechen.

Neuer Ort für die Sommerschule

Die diesjährige Sommerschule vom 3. bis 6. August findet in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt statt. In der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.



Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, nehmen die B4 bis zum Stadtring, biegen links in die Schillerstraße (B7) und achten dann auf die Ausschilderung JH.

Die Kosten für Ü/F betragen 21,50 Euro pro Person, ein warmes Mittag-/Abendessen kostet 4,70 Euro, ein kaltes Abendessen 4 Euro.

Da wir als Gruppe gemeldet sind (günstigere Tarife), müssen wir bis Mitte Juli die genaue Anzahl von Teilnehmer melden.

Bitte meldet euch deshalb rechtzeitig und verbindlich bis zum 14. Juli an bei

**GNN-Verlag Hamburg,
Christiane Schneider,
Tel. (0 40) 43 18 88 20,
Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de**

Wir wollen mit dem Ziel diskutieren, das Verhalten der Akteure auf diesen Märkten besser zu verstehen. Wegen der ungeheuren Breite der technischen und wirtschaftlichen Problemlagen werden wir versuchen, uns möglichst auf das Feld der Erdgasbewirtschaftung zu konzentrieren, das für viele der oben genannten Fragen anschauliche und aktuelle Beispiele liefert.

Die Ergebnisse des Kurses sollten auf zwei Praxisfelder nützlich sein:

1. Zur Auseinandersetzung mit den regionalen Energieversorgern aus der Blickrichtung von Endverbraucher und kommunaler Verantwortung.

3. Zur Auseinandersetzung mit dem Trend zur Militarisierung der Wirtschaft, der sich als falsche Reaktion aus dem Interesse an sicherer Versorgung ergibt.

Für Anregungen zu den Texten sind wir dankbar, besonders wenn ein „kursverträglicher“ Umfang der Textauszüge mit geliefert werden kann.

Die Vorbereitungsgruppe wird einen ausgearbeiteten Vorschlag zum Vorgehen erst ziemlich kurz vor dem Kurs, vermutlich in den Politischen Berichten Nr. 13, liefern können. Wir gehen davon aus, dass das Material auch diesmal durch gemeinsame Diskussion und Lektüre während des Kurses verarbeitet werden kann, eine vorauslaufende Vorbereitung also nicht nötig ist.

*Für die Vorbereitungsgruppe
Martin Fochler, Rüdiger Lötzer*

Kurs Kulturwissenschaften

Nationalstaat und „Weltgesellschaft“

Ein Grund für die Entscheidung, uns ausführlicher mit dieser Thematik zu befassen, war die linke Kritik am EU-Verfassungsvertrag. Es bestand der Eindruck, dass die berechtigte Kritik an der Militarisierung der EU und den sozialen Verwerfungen durch die Internationalisierung der Märkte und Deregulierung sich nahezu unentwerrbar mit Ängsten vor der und Ressentiments gegen die europäische Unionierung und den damit verbundenen Bedeutungsverlust des Nationalstaats vermischte. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die „Programmatischen Eckpunkte“ für die weitere Programmdiskussion auf dem Weg zur Linkspartei, die im Zusammenhang der Europäischen Union hervorhebt, den „Nationalstaat ... wieder zu einem rechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Faktor“ werden lassen, ihn also im Verhältnis zu den EU-Institutionen stärken zu wollen. Auffassungen wie diese identifizieren zugleich umstandslos Nationalstaat und Gesellschaft.

Wir wollen uns zum Einstieg – es ist zu vermuten, dass sich daraus etliche interessante Fragestellungen konkreter Art ergeben, mit dem Themenkomplex Nationalstaat und Gesellschaft befas-

sen. Dem traditionellen Gesellschaftsbegriff zufolge ist die Gesellschaft politisch integriert, sie bildet eine territoriale Einheit, die nach klassischen Vorstellungen aus Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt besteht (**Weber**). Die „Welt“ ist demzufolge ein internationales System von Nationalstaaten, die Einheiten völkerrechtlicher Beziehungen sind. Aber schon früh gibt es auch Ansätze, die die Staaten insofern als Einheiten und Träger einer Weltfriedensordnung anerkennen, als sie die individuellen Rechte der Person gewährleisten (**Kant**).

Neuere soziologische Theorien (insbesondere **Luhmann**) gehen vom Konzept der modernen Gesellschaft als Weltgesellschaft aus. Damit wollen wir uns auseinandersetzen. Konzepte von „Weltgesellschaft“ basieren auf der Beobachtung, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme die territorialen Grenzen unterlaufen und die Bedeutung nationaler Grenzen als Gesellschaftsgrenzen auflösen. Es soll versucht werden, dem am Beispiel des Teilsystems Wissenschaft nachzugehen (**Stichweh**).

Zu klären ist im Verlauf des Kurses erstens, welche Folgen diese Entwicklung, die Begriffe wie Souveränität aushöhlt, für den Nationalstaat hat, der zum Segment der Weltgesellschaft wird. Welche Funktionen bleiben bzw. wie müssten sie neu bestimmt werden?

Zweitens stellt sich dann die Frage, welche Institutionen sich herausbilden, die politische Steuerungsfunktionen wahrnehmen, und welche Probleme sich auftun – z.B. das im Hinblick auf die EU zu Recht beklagte Demokratiedefizit. (ev. **Willke**)

Zu klären ist drittens, welche Folgen die Entwicklung der modernen Gesellschaft als „Weltgesellschaft“ für die Individuen haben. Hier bietet sich die Untersuchung des Instituts der Staatsbürgerschaft an und des Wandels von Rechten, die durch den Nationalstaat legitimiert sind, zu Rechten, die durch den universalen Personenstatus legitimiert sind. (**Soysal**)

Zum Abschluss soll versucht werden, die – gescheiterte – EU-Verfassung auf „weltgesellschaftliche“ Ansätze abzuklopfen und Kritikansätze unter diesem Gesichtspunkt zu reformulieren.

Die Textauswahl ist noch nicht abgeschlossen, für weitere Hinweise und Beteiligung an der weiteren Vorbereitung bin ich dankbar. Die schlussendlich ausgewählten Texte werden wie stets zu Beginn des Kurses fotokopiert vorliegen.

Christiane Schneider

Der **Kurs Geschichte** findet im Sommer ebenfalls statt. Thema und Ankündigung veröffentlichen wir voraussichtlich in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte

Indizierungsantrag gegen „Autonome in Bewegung“

Der Verlag Assoziation A wandte sich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit, u.a. auch an andere Verlage:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor kurzem teilte uns die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien mit, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Indizierungsantrag gegen das mittlerweile vier Jahre alte Buch „Autonome in Bewegung“ gestellt hat.

Offenbar versucht das Ministerium neben der Propagierung christlicher Werte, wie Disziplin, Höflichkeit oder Respekt, nun auch gegen politisch missliebige Publikationen und deren Herausgeber vorzugehen.

Eine erfolgreiche Indizierung würde bedeuten, dass unser Buch nur noch unter der Ladentheke verkauft werden dürfte, keine Werbung, keine Auslage, kein Versand, die Kontrolle der Ausweispapiere beim Verkauf. Außerdem würden die Barsortimente den Titel nicht mehr vertreiben und Buchhändler, die über die Indizierung wachen müssen, würden den Titel aus dem Sortiment nehmen. Die materielle Schädigung für den Verlag wäre auf jeden Fall erheblich.

Aber vor allem würde eine Indizierung des Buches einer politischen Zensur gleichkommen.

Die Darstellung und kritische Reflexion der linken Geschichte und der sozialen Bewegungen bildet seit Jahren einen thematischen Schwerpunkt des Verlages Assoziation A, der sich in Sachbüchern und Romanen niedergeschlagen hat.

So geben die Romane Nanni Balestrinis einen genauen Eindruck vom Lebensgefühl der Akteure der italienischen autonomen Bewegungen wider. Paco Ignacio Taibos Romane sind ein fortlaufender kritischer Kommentar der mexikanischen Geschichte, so beispielsweise in seinem letzten Krimi, den er zusammen mit Subcomandante Marcos verfasst hat. Die Übersetzungen französischer Neopolar-Kriminalromane haben die Studentenbewegung, die Migration oder die Judenverfolgung

in Frankreich zum Thema.

Die Goldene Horde von Moroni/Balestrini ein Standardwerk über die jüngere italienische Geschichte, gehören wie die Arbeit zum Operaismus von Steve Wright „Den Himmel stürmen“ zum Verlagsprogramm. Demnächst kommt mit der Wiederauflage von „Brigate Rosse“, einem Interviewband von Rossana Rossanda und Mario Moretti, eines der wichtigsten Bücher zum bewaffneten Kampf in Italien wieder auf den Markt.

Dem visuellen Ausdruck der sozialen Protestbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland haben wir zwei breit rezipierte Plakatbücher gewidmet.

Das Buch „Autonome in Bewegung“ beschreibt ausführlich bebildert und durch viele Selbstzeugnisse anschaulich autonome Politik in Berlin seit 1980. Die Geschichte der Hausbesetzungen, der Kampf gegen die Startbahn-West, die Aktionen zum IWF-Gipfel in Berlin 1988, Anti-AKW Kampagnen und vieles mehr werden nicht nur beschrieben, sondern es wird auch der Versuch unternommen, die Beweggründe der Akteurinnen und Akteure darzulegen. Die Überzeugungen und politischen Ideen, aber genauso die Emotionen und Leidenschaften sind für das Verständnis der Autonomen von entscheidender Bedeutung.

Das Bundesministerium beanstandet vor allem Stellen und Textpassagen, die aus Erinnerungen und Reflexionen bestehen und als Zitate von autonomen Zeitgenossen graphisch gekennzeichnet sind. Natürlich geht es dabei auch um Militanz, um ihre Beschreibung, Problematisierung und Kritik. Für das Verständnis eines so wichtigen Abschnitts linker Politik ist die Auseinandersetzung um Militanz bedeutend und darf auf keinen Fall zensiert werden.

Würde ein Buch wie „Autonome in Bewegung“ tatsächlich auf den Index kommen, müsste tatsächlich mit einer Flut von weiteren Anträgen – nicht nur gegen Bücher unseres Verlages – gerechnet werden, da die Vorwürfe auf zig Sachbücher und Romane übertragbar wären.

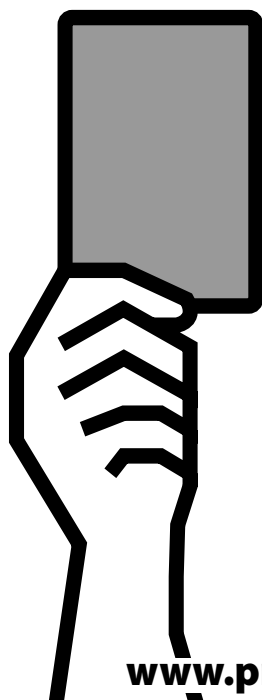
Deshalb betrifft dieser Zensurversuch auch alle, die als Verlage, AutorInnen, JournalistInnen und Leserinnen und Leser an einer weiteren Diskussion über Inhalte und Ziele linker Politik interessiert sind.

Assoziation A



Fünf Berliner Autonome beschreiben 20 Jahre autonomer Geschichte. Analysen, Berichte, Anekdoten und Schmonzetzen zu folgenden Themen: Häuserkampf – Anti-Akw – IWF-Kampagne – Kübel – Revolutionäre Zellen – Mein erster Molli – Spaßguerilla – Nolympic – Krieg und Frieden – Punk – Rostock, Hoyerswerda – Internationalismus – die Zeit der Verwirrung – u.a. Das Buch ist eine Mixtur aus persönlichen Erlebnissen, Reflexionen, analytischer Aufarbeitung und politischer Einordnung der autonomen Bewegung, deren viel beschworenes Ende noch nicht erreicht ist.

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!



Bundesweite Demonstration 3. Juni 2006 • 13:00 Uhr Berlin Alexanderplatz (Karl-Liebknecht-Str.)

Die deutschen Regierungen sind seit Jahren Motoren in Europa, die Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte und ArbeitnehmerInnenrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne vorantreiben. Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen. Dagegen wehren wir uns!

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 € pro Stunde!
- Ein ausreichendes, garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfungen; im 1. Schritt die Erhöhung des ALG II auf mindestens 500,- € plus volle Kosten der Unterkunft!
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, statt Arbeitszeiterverlängerung!
- Die sofortige Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV Gesetze. Keine Zwangsumzüge!
- Ein einheitliches und bedarfsdeckendes Gesundheits- und Sozialsystem!
- Einheitliche Sozialstandards auf höherem Niveau in ganz Europa!
- Die sofortige Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!
- Den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen ohne Studiengebühren und Elitenuniversitäten!
- Den sofortigen Stopp der geplanten Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Sozialversicherungssysteme!
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen!
- Stopp aller Kriegsvorbereitungen!

www.protest2006.de

Aufruftext, Plakate, MitfahrInnenbörse, UnterstützerInnen-Liste, Termine der Vorbereitungstreffen: www.protest2006.de
Spendenkonto: Laura von Wimmersperg, Berliner Sparkasse, Konto: 6 010 219 181, BLZ: 100 500 00, Stichwort: 03.06.06-Demo
Kontakt und VisiDp: Martin Behrsing, 53117 Bonn, Infotelefon: (02 28) 2 49 55 94, info@protest2006.de
Diese Demonstration wird organisiert vom Vorbereitungsplenum für die bundesweite Demonstration am 3. Juni 2006

3. Juni. Berlin. Bundesweite Demo Schluss mit den „Reformen“ gegen uns. 13 Uhr Alexanderplatz.

9. bis 11. Juni. Berlin. „Armut – Arbeit – Ausweglos? Alternativen zum Ende des Sozialen, Die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme und Alternativen für eine menschenwürdige Existenzsicherung sind die Themen dieser Konferenz. In Kooperation mit der Erwerbsloseninitiative BAGShi. 9.6., 17 Uhr bis 11.6., 13Uhr, Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzraum, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

SGB II-Grundlagenseminar am 8./9. Juni – noch Plätze frei

Harald Thomé (u.a. Verein „Tacheles“) macht auf ein am 8./9. Juni in Wuppertal stattfindendes SGB II-Grundlagenseminar aufmerksam, bei dem noch 10 Plätze frei sind. Er schreibt: „In diesem Zwei-Tages-Seminar werde ich das SGB II für jeden Teilnehmer verständlich auseinander nehmen und sezieren. Danach haben Sie einen fundierten Überblick, insbesondere auch einen Überblick über die Änderungen, bedingt durch das SGB II-Änderungsgesetz (Ausweitung der BG und Umzugsverbot für unter 25-Jährige) und die Details und Auswirkungen des SGB II-Fortentwicklungsgesetzes (ehemalige Optimierungsgesetz). Ich versuche meinen Seminarteilnehmern ein Gefühl für die Systematik und die Basics des Sozialrechts selbst zu geben (insofern im SGB II eine solche vorhanden ist) und insbesondere einen Blick auf die Verfahrensrechte, sowie einen klaren Blick auf die Möglichkeiten und Notwendigkeit von parteiischer Sozialberatung. Es sind bei dem Seminar am 8./9. Juni noch 10 Plätze frei. Wer möchte kann sich noch bis 6. Juni anmelden. Kostenpunkt für die zwei Tage 150 EUR. Hier finden Sie die Seminausschreibung: http://www.harald-thome.de/grundlagen_seminare.html

14. Juli. Stralsund. Besuch von Präsident Bush in der Bundesrepublik. Protestaktion der Friedensbewegung.

3. bis 6. August. Erfurt. Linke Sommerschule mit den Kursen Wirtschaft, Philosophie und Geschichte. Ankündigung siehe *Politische Berichte* Nr. 11/2006

22. August. Berlin. CDU-Grundsatzkongress

1./2. September, Rostock. Ostseefriedenskonferenz.

1. bis 3. September, Berlin. Zukunftskongress der Grünen zur programmatischen Neuorientierung. Thesenpapier dazu: www.gruenerzukunftskongress.de

9. September, Zabeltitz (bei Risa). Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

10. bis 15. September. Bayern. Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.

7. Oktober. Berlin. Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.

4. November, Hannover. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

27./28. November. Dresden. CDU-Parteitag, Wahl Vorstand.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter